



DIE SOZIALDEMOKRATIE: VERSAGEN UND ZYKLUSENDE

VON **DANIEL CIRERA**, FONDATION GABRIEL PÉRI PARIS

REDAKTION: **BIRGIT DAIBER**

Vorbemerkung

**Verteidigung des Marktes
oder der Bürgerinteressen? Die sozialdemo-
kratische Linke im Zwiespalt**

Diese Publikation stützt sich weitestgehend auf einen von der Fondation Gabriel Péri im November 2009 veröffentlichten Text. Vor dem Hintergrund der Wahlergebnisse bei den Europawahlen, der schmerzlichen Niederlage der SPD bei den Parlamentswahlen und einer allgemeinen Bewegung der Gesellschaft hatten wir angeregt, über die Krise der Sozialdemokratie und die Perspektiven der Linken in Europa nachzudenken und zu diskutieren. Dies schien uns angesichts des zunehmenden Einflusses der konservativen Parteien im Europäischen Parlament und der Niederlagen der großen sozialdemokratischen und Zentrumsparteien in Europa unabhängig von ihrer Regierungsverantwortung oder Oppositionsrolle eine Notwendigkeit zu sein.

Ich hatte die Hypothese formuliert, dass ein Zyklus zu Ende gehe und dieses Ende schmerzhaft

Zäsuren mit sich bringe. Wie würde die Sozialdemokratie auf diese Rückschläge, ja auf diese historische Niederlage reagieren? Welche Konsequenzen würde sie daraus ziehen? Als wir uns diese Fragen stellten, war uns bewusst, dass sich alle Linkskräfte den Herausforderungen dieser Krise zu stellen haben, auch diejenigen, die die Umgestaltung der Gesellschaft, einen erneuerten Kommunismus oder den Sozialismus anstreben.

Gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlichen wir nun, zwei Jahre später, diese deutsche Fassung meines Textes von 2009. Es ist Herbst 2011, hinter uns liegen der erzwungene Rücktritt Giorgios Papandreous - Ministerpräsident Griechenlands und Präsident der Sozialistischen Internationale - und das Debakel der PSOE in Spanien. Europa kämpft mit wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten, und in Italien musste Berlusconi abtreten, was ebenfalls ein für diese Zeit wichtiges Ereignis darstellt.

Die letzten drei Jahre waren geprägt von völlig unerwarteten Umwälzungen, die auf eine Vertiefung der Krise und eine Verstärkung ihres Systemcha-

rakters schließen lassen. Die politische und ideologische Konfrontation in Bezug auf die Bedingungen der Überwindung der Krise ist härter geworden. Auch der Charakter der Krise selbst veränderte sich mit dem Übergang von der Finanzkrise zur Schuldenkrise, der allgemeinen Durchsetzung einer radikalen Sparpolitik, dem wachsenden Widerstand der Menschen und der Entstehung neuer originärer Organisationsformen wie die Bewegung der Empörten. Diese Krise ist auch eine Krise der Eurozone und damit der Europäischen Union, sie weitet sich zu einer Krise von Politik und Demokratie aus, die die linken Kräfte nicht verschont.

Mehrere im Text von November 2009 aufgeführte Merkmale scheinen nach wie vor zuzutreffen oder treten inzwischen sogar noch deutlicher hervor: die Niederlagen der sozialdemokratischen Regierungen, das Verhältnis zur einfachen Bevölkerung, die weiterhin bestehende und doch immer weniger erkennbare Einteilung in rechts und links, die Zunahme von Konflikten und die Kritik am Liberalismus. Wenn selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung fragt: „Und wenn der Kapitalismus nun wirklich nur den Interessen der Reichen diene?“, kann man sich das Ausmaß der von der Krise hervorgerufenen Spannungen und Beunruhigungen vorstellen. Aus manchen Fragen, z. B. nach den Handlungsspielräumen, „dem neuen Kompromiss“, dem Verhältnis zu den Märkten, zum Kapitalismus und zur Umgestaltung der Gesellschaft sind kritische Positionen entstanden.

Ich erhebe nicht den Anspruch, die tiefeschürfende Analyse einer Situation vorzunehmen zu wollen, die sich täglich verändert, und ich will auch den weiteren Entwicklungen einer derart ungewissen Situation nicht vorgreifen, doch scheint es mir angezeigt, einige Merkmale hervorzuheben.

Von der Finanzkrise zur Schuldenkrise

Nach dem Konkurs von Lehman-Brothers drehte sich die öffentliche Debatte 2009 in Europa ebenso wie in den Vereinigten Staaten um die Katastrophen, die durch den Finanzkapitalismus angerichtet wurden, sowie um die Folgen der liberalen Politik in den letzten dreißig Jahren. In der

sozialdemokratischen Linken wie auch im konservativ-rechten Lager, in Davos wie auch in der G8 wurden Diskussionen um die „Exzesse“ geführt, die zu dieser Konkurrenzsituation geführt hatten, und um die notwendige „Regulierung“ des Kapitals. Die Banken und Finanzinstitute saßen auf der Anklagebank. Mit der Griechenland-Krise kam es Anfang 2010 zu einer radikalen Wende. Nachdem der Bankensektor mit Milliarden von Euros und Dollars gerettet worden war, richtete sich die Kritik nicht mehr gegen die Finanzwirtschaft und die Privatschuldner, sondern gegen die öffentliche Verschuldung. Die Verantwortung für die Krise wurde nun nicht mehr dem Kapital und dem Liberalismus, sondern den öffentlichen Ausgaben und den „übermäßigen Defiziten“ zugeschrieben. Die einzige, unabwendbare Lösung schien nun darin zu bestehen, den Menschen Opfer in Form von Sparplänen abzuverlangen, die mit bisher nicht gekannter Brutalität verordnet wurden. Durch eine verblüffende Wendung der Ereignisse wandelte sich die Krise nun für diejenigen, die für sie verantwortlich waren, in eine Gelegenheit, ihre ultraliberalen politischen Maßnahmen mit unvorstellbarer Härte durchzuziehen. Das Renteneintrittsalter wurde in Frage gestellt, Löhne und Renten wurden gesenkt und die Arbeitszeit verlängert, Sozialausgaben und öffentliche Dienstleistungen (Schule, Gesundheit usw.) wurden drastisch gekürzt. Mit den Rating-Agenturen als Vorwand wurden die Anforderungen des Marktes offen – man könnte sogar sagen dreist – zum unumstrittenen Kriterium und zur Rechtfertigung für die unpopulären politischen und Haushaltsentscheidungen.

Die sozialdemokratischen Regierungen der Länder Südeuropas standen bei der Umsetzung dieser katastrophalen Politik im Fokus der Märkte und unter dem Druck Deutschlands mit Angela Merkel an der Spitze, wobei Frankreich unter Staatspräsident Sarkozy Schützenhilfe leistete und die Europäische Union ihre Kontrollmechanismen verstärkte. Diese Länder bekamen als erste die politischen Konsequenzen zu spüren.

Eine Krise von politischer Tragweite

Die spezifisch politische Dimension der Krise in der Zeit zwischen 2008 bis heute stellt ein weiteres bemerkenswertes Element dar. Mit der Schuldenkrise und der Krise der Eurozone zeichnete sich allmählich auch eine politische Krise von sowohl nationaler als auch europäischer Dimension ab. Denn mit den Sparplänen traten die Regierungen, also die politischen Kräfte in den Vordergrund. Die Schuldenkrise brachte ans Licht, dass die getroffenen Entscheidungen politischer Natur waren und dass sie nicht nur von der wirtschaftlichen Situation sondern auch von den sozialen, politischen, wahltaktischen und nationalen Gegebenheiten der betroffenen Länder beeinflusst wurden.

Diese Dimension wurde im Falle Italiens besonders deutlich. Das Vertrauen der Märkte mit seinen Auswirkungen auf die Zinsen wurde weniger von der wirtschaftlichen Konjunktur oder der Höhe der Verschuldung, sondern von der „Instabilität der Regierungskoalition und den politischen Divergenzen im Parlament“ bestimmt, die nach Ansicht von Standard & Poors „wahrscheinlich die Fähigkeit des Staates, auf eine für das eigene Land und international schwierige makroökonomische Situation mit Entschiedenheit zu reagieren, weiterhin einschränken werden“. Es ging um die Glaubwürdigkeit der Regierung, wie der Präsident der Commerzbank ganz offen zugab: „Italien hat ein Problem der politischen Führung und nicht der wirtschaftlichen Struktur.“ In diesem Fall geriet Berlusconis Fähigkeit, „Reformen“ durchzusetzen, ins Visier. Berlusconis Sturz und die Einsetzung einer technischen Regierung, der man zutraute, diese Risiken auf sich zu nehmen, waren die Folge. Die Tatsache, dass ein Volk wie im Falle Griechenlands und Italiens seiner souveränen Regierung entledigt wird, wirft natürlich bei aller Genugtuung über den Rücktritt Silvio Berlusconis Fragen auf. Die klaren Unterschiede zwischen rechts und links verwischen sich im Zuge der Sparpolitik, die von allen Regierungen und der Europäischen Union betrieben wird. In diesem Kontext treten die Ursachen der politischen Krise, zu der es aufgrund der Niederlage des Blairismus und des Dritten Weges gekommen war, und die

Abkopplung von der einfachen Bevölkerung noch stärker in Erscheinung. „Einerseits sind die Menschen und die politischen Kräfte der in Schwierigkeiten geratenen Staaten immer weniger bereit, die mit den europäischen Gläubigern und dem IWF ausgehandelten Sparmaßnahmen zu akzeptieren. Dieses Phänomen betrifft sogar die Länder, die wie Spanien versuchen, sich dieser Bevormundung zu entziehen. Andererseits ist es die Öffentlichkeit in Deutschland, den Niederlanden, Finnland oder Österreich nunmehr langsam leid, sich in einer bisher nie dagewesenen Weise solidarisch zu zeigen und dabei Gefahr zu laufen, den Spielraum der eigenen Regierungen bei der gemeinsamen Bewältigung der Krise einzuzengen.“ (Le Monde, 26.05.2011).

Dies Ganze ist eingebettet in einen Kontext, in dem viele Menschen nicht mehr zu den Wahlen gehen, die extrem rechten Kräfte auf dem Vormarsch sind und eine allgemeine Skepsis herrscht in Bezug auf die Fähigkeit der Regierungen und politischen Parteien, welcher Couleur auch immer, die Krise zu bewältigen. Einer europäischen Umfrage zufolge (The Guardian, März 2011) haben nur 6 % der befragten Personen „großes Vertrauen“ in ihre Regierungen. 82 % der Franzosen, 80 % der Deutschen und 78% der Spanier erwarten von ihnen nichts.

Eine europäische Krise

Die Vertrauenskrise gegenüber den Regierungen ist auch eine Krise der Legitimität der Politik und der europäischen Entscheidungsträger. Eine mehrheitliche Infragestellung des europäischen Projekts und der Mitgliedschaft in der EU ist jedoch trotz der wachsenden populistischen Euroskepsis nicht auszumachen. Die sich gegen die Sparpläne wendende Opposition verbindet ihr Eintreten für die Volkssouveränität mit dem Widerstand gegen die Bevormundung der Regierungen und deren jeweiliger Haushaltspolitik unter Merckels und Sarkozys Zuchtrute. In einer solchen Situation steht die sozialdemokratische Linke unter Druck: Ihre Erklärungen zum sozialen Europa, ihre Programme und ihr Bedürfnis, sich von den rechten Kräften zu unterscheiden, kollidieren mit der Realität eines europäischen Engagements, das ungeachtet der sozialen Spannungen Bestand hat.

Unter diesem Druck machte sie sich im Zuge des Aufbaus eines vereinigten Europas im Wesentlichen die liberale Logik zu Eigen. Die konservativen und liberalen Kräfte nutzen dies im Namen der „Gouvernance“ und des Bedürfnisses nach politischer Koordination. Die Linke hat zugegebenermaßen Mühe, klar Haltung zu beziehen und sich offen zwischen einer föderalistischen Dynamik ohne kritischen Inhalt, einem zwar kritischen, aber allgemeinen Diskurs über ein „anderes Europa“ und dem Versuch, sich auf die nationale Ebene zurückzuziehen zu entscheiden. Es muss eine Debatte zwischen den politischen und gesellschaftlichen Kräften der Linken über die Schwerpunkte und Prinzipien einer Neubegründung des europäischen Projekts geführt werden, dessen Krise die Notwendigkeit einer solchen Auseinandersetzung noch verstärkt. Der Anspruch der Demokratie – und ein progressives, linkes Konzept – beinhaltet das Primat der Politik und der Volksentscheide über die herrschenden Wirtschaftskräfte – in diesem Fall den kapitalistischen Markt – und über Institutionen wie die EZB. Eine verstärkte politische Koordination muss darauf abzielen, die Ergebnisse der einzelnen Volksentscheide einander anzunähern. Das ist genau das Gegenteil der gegenwärtig betriebenen Stärkung der Kompetenzen der europäischen Institutionen, um Sparmaßnahmen gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen. Die Demokratisierung und Politisierung des europäischen Projekts können nicht allein darin bestehen, wie im Falle des EuroPlus-Paktes oder der „Gouvernance“-Projekte neue Institutionen zu schaffen, deren Ziel es ist, die Entscheidungsprozesse frei von sozialen, politischen und wahltaktischen Einflüssen zu halten. Schon allein der Begriff „Gouvernance“ verdient es, einer kritischen Prüfung unterzogen zu werden.

Die Panik, die der Vorschlag des ehemaligen griechischen Premierministers Papandreu auslöste, angesichts der Protestbewegung in seinem Land ein Referendum zu seiner Legitimierung organisieren zu wollen, war in diesem Zusammenhang entlarvend, denn sie zeigt, wie tief die Kluft ist, die in demokratischen Fragen zwischen Europäern herrscht.

Sozialdemokratische Regierungen an vorderster Front

Griechenland bildet mit seiner von den Finanzmärkten herbeigeführten Krise, dem Teufelskreis bestehend aus Schulden, Rezession und sozialer Depression, den dramatischsten und einen wahrhaft exemplarischen Fall. Der – vorläufige – Ausgang dieser Geschichte, die sich inzwischen zu einer nicht mehr beherrschbaren politischen Krise entwickelt hat, ist bekannt: Rücktritt G. Papandreu und Bildung einer neuen Regierung der nationalen Einheit mit den Konservativen unter Einbeziehung der rechtsextremen Partei. Natürlich kann man die spezifische Situation Griechenlands ins Feld führen, die mangelnde Stabilität und die frühere Regierungsführung der Konservativen. Auch die starken Druckmittel der Europäischen Union, die mangelnde Flexibilität Angela Merkels und der EZB und die Auswirkungen des Euro können genannt werden. Das Alles ändert jedoch nichts daran, dass die Entscheidung zugunsten einer Sparpolitik und die Unterwerfung unter das Diktat der Märkte in ihrer brutalsten Form durch eine Linksregierung zu einer spektakulären Niederlage mit verhängnisvollen Auswirkungen führte.

Die spanische PSOE, die Partei José-Luis Zapateros, galt lange Zeit als Modell einer sozialistischen Partei. Sie wurde von den Auswirkungen der Krise und der Unterwerfung unter die Anforderungen der Märkte ebenso voll erfasst. Die Parlamentswahlen vom 20. November 2011 endeten mit einer schmerzlichen Niederlage für die PSOE und einem Sieg der konservativen Kräfte und setzten auf diese Weise das Scheitern der Partei bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 2011 fort. Der im Mai 2010 angekündigte drakonische Sparplan kostete der PSOE die Unterstützung ihrer Wählerschaft, die vor Allem aus Beamten, Rentnern, Gewerkschaftern, Angehörigen der Mittelschicht und jungen Menschen bestand, in einer Zeit, in der die allgemeine Arbeitslosigkeit neue Höchstwerte von 20 % und bei Jugendlichen unter 25 Jahren sogar von fast 50 % erreichte. José-Luis Zapatero wusste selbst, dass er mit diesem Plan „die Verbindung zu den progressiven Wählern kappte“. Der Premierminister opferte sich gewissermaßen auf dem Altar des „Pragmatismus“:

„Ich werde schwierige Entscheidungen treffen, koste es, was es wolle, auch für mich persönlich.“ Er schloss sich damit den Worten des griechischen Wirtschaftsministers an, der in Washington vor einer Versammlung von Bankern erklärte, dass er die Reformen ungeachtet des politischen Preises, der dafür zu zahlen sein werde, umsetzen wolle. Die soziale Note, die der neue Spitzenkandidat der PSOE, Alfredo Rubalcaba, der Wahlkampagne verlieh, zeigte offensichtlich keinerlei Wirkung auf den erwarteten Wahlausgang. Nun gilt es, die Auseinandersetzung innerhalb der PSOE und der spanischen Linken über die Lehren aus dieser Zeit aufmerksam zu beobachten.

Der Einbruch der griechischen PASOK ist ebenso wie das Debakel der spanischen sozialistischen Partei nur eines von mehreren Ereignissen dieser Art: die Niederlage der portugiesischen Sozialisten bei den Präsidentschaftswahlen im Januar 2011, die erstaunlich schlechten Wahlergebnisse der Sozialisten in Ungarn bei den Parlamentswahlen im April 2010 (19,3 %), die politische Krise in der Slowakei und die Erneuerung des konservativen Regierungsmandates in Schweden im September 2011, mit der niemand gerechnet hatte.

Man kann natürlich andererseits das gute Ergebnis in Norwegen und den Sieg der Linken in Dänemark in die Waagschale werfen, wobei die dänischen Sozialisten dieses Ergebnis dank ihrer Fokussierung auf die Rückkehr zu einem Sozialstaat und dank einer wachsenden Verurteilung des Einflusses der rechtsextremen fremdenfeindlichen Partei in der Regierungskoalition durch die Bevölkerung erreichen konnten. Hervorgehoben werden kann auch die Tatsache, dass alle amtierenden Regierungen in Schwierigkeiten stecken. Auch die jüngsten Wahlniederlagen Angela Merkels in einigen Bundesländern, die Hoffnungen auf einen Sieg der SPD und der Linken im Jahr 2013 sowie die Rückschläge des konservativen Lagers in Frankreich können in diesem Kontext genannt werden. Diese Schwierigkeiten der konservativen Parteien bedeuten aber nicht zwangsläufig, dass nun die Aussicht besteht, die Krise durch eine Politik zu überwinden, die den Sparzwang in Frage stellt.

Unter diesem Gesichtspunkt stellt in Frankreich die Orientierung auf eine linke Regierungsmehrheit und einen linken Staatspräsidenten, dessen Wahl als Gegenkandidat zu Nicolas Sarkozy im Frühjahr 2012 durchaus möglich scheint, eine echte Herausforderung dar. Die Debatte ist eröffnet, auch in den Reihen der französischen PS selbst, die dazu aufruft, die Lehren aus den Erfahrungen der Vergangenheit und der Nachbarstaaten zu ziehen.

Mit der Delegitimierung des Liberalismus war die europäische Sozialdemokratie schon nach der Niederlage des Blairismus und der Schröderschen „Mitte“ in die Krise geraten. Indem sie sich im Namen des „Realismus“ auf den Abbau der Schulden und Defizite durch Sparen versteiften und sich auf das Terrain der Liberalen und der Märkte begaben, stellten die regierenden Sozialdemokraten die Grundlagen ihrer Existenzberechtigung selbst in Frage. Sie rechtfertigten ihre Entscheidungen, indem sie sie als das „kleinere“ oder „geringere Übel“ bezeichneten und sich in ihren Ländern und im europäischen Rahmen dem Druck der Märkte unterwarfen. Sie legitimierten das AAA der Rating-Agenturen und verstärkten auf diese Weise den Eindruck von der Ohnmacht der Politik.

Die Gewerkschaften und ihre anhaltenden Unabhängigkeitstendenzen

Wir hatten 2009 festgestellt, dass es bei den traditionell sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften (in Deutschland der DGB mit den Besonderheiten von IG-Metall und Ver.di) im Kampf gegen die Hartz-IV-Pläne zu Tendenzen der Differenzierung gekommen ist. Diese Tendenzen haben sich im wachsenden Widerstand gegen die Sparpläne noch weiter verstärkt.

Diese Differenzierung, die bis zur Zerreißprobe gehen kann, ist besonders in Griechenland und Spanien Teil der sozialen und politischen Krise. Schon 2010 hatten sich die der PASOK nahe stehenden großen Gewerkschaftszentralen des staatlichen und des privaten Sektors im Widerstand gegen die Sparpläne engagiert, die die Arbeitnehmer und die von den Gewerkschaften vertretenen Bevölkerungsschichten mit voller Wucht

trafen. Der Bruch war vollzogen, als der Finanzminister die Gewerkschaften beschuldigte, „mit der Zukunft des griechischen Volkes zu spielen“ und „die Gewerkschafts- bzw. Parteiinteressen über den gesunden Menschenverstand zu stellen“.

Für die spanische kommunistische Gewerkschaft CC.OO. (Comisiones Obreras) und die den spanischen Sozialisten nahestehende UGT, die beide bis zu diesem Zeitpunkt eine Position des Dialogs vertraten, stellten der Sparplan und die mit ihm einhergehende Reform des Arbeitsrechts eine Kriegserklärung dar. Der gemeinsamen Opposition der Gewerkschaften gegen die Einführung der „goldenen Regel“, die das Parlament im Juni 2011 im Konsens zwischen Sozialisten und konservativem Lager beschlossen hatte, kommt dabei aufgrund ihres hoch politischen Charakters besondere Bedeutung zu.

Der Volkszorn steigt

Diese je nach Situation mehr oder weniger abrupte, tiefgehende und anhaltende Distanzierung muss mit der Zunahme und Ausweitung der sozialen Protestbewegungen, die seit ihren Anfängen 2009 ein beeindruckendes Ausmaß erreicht haben, in Beziehung gesetzt werden. Dies ist ein weiteres prägendes Merkmal unserer Zeit.

Die Entwicklung des EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund) und die Positionen, die er eingenommen hat, sind bemerkenswert. Der Kongress von Athen rechtfertigte im Mai 2011 eine einstimmige Opposition der Gewerkschaften gegen die Opfer, die die Regierungen den Menschen zumuteten, sowie gegen den EuroPlus-Pakt mit der Begründung, dass diese Maßnahmen ineffizient seien, einer Unterwerfung unter die Märkte gleichkämen und die soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit noch verstärkten. Die Kritik am EuroPlus-Pakt bezieht sich auch auf dessen antidemokratischen Charakter, da er die Tarifverhandlungen in Frage stellt. Hierdurch wird eine wesentliche Grundlage der Daseinsberechtigung von Gewerkschaften überhaupt zerstört. Der Generalsekretär John Monks verglich diese Verfügungen mit dem Versailler Vertrag, der den Staaten einen quasi kolonialen Status verlieh. Ein wichtiges Kriterium der

Protestbewegungen war auch die Verurteilung der flexicurity als Trojanisches Pferd der Flexibilität. Die zu diesem Thema organisierten Demonstrationen nahmen im Zuge der Ereignisse einen kämpferischen Charakter an und entwickelten sich zu einer frontalen Opposition gegen die europäischen Beschlüsse.

Die Herausbildung der Bewegung der Empörten und die Tatsache, dass sie in den von Sozialdemokraten regierten Ländern wie Spanien und später unter dramatischen Bedingungen in Griechenland Fuß fassen konnten, sind in ganz anderer Hinsicht von Bedeutung. Diese Bewegung drückt auf ihre Art die Enttäuschung über die Politik Zapateros und die Ablehnung eines politischen Systems aus, in der die Rechts-Links-Konfrontation viel von ihrem Sinn verloren hat, da weite Teile der Bürger und Wähler sich in ihr nicht einordnen können. Die Enttäuschung und der Wille zu Veränderungen gehen weit über die „Empörten“ hinaus, die auf Plätzen kampieren oder sich in Stadtvierteln organisieren. Eine Umfrage der Tageszeitung El Pais zeigt, dass 73 % der Spanier die Ideen der Bewegung unterstützen. Unter ihnen findet man 80 % der sozialistischen Wähler und einen signifikanten Anteil von 50 % der Wähler konservativer Parteien. Ebenso gab es gemeinsame Schnittmengen hinsichtlich der Ziele von Demonstrationen und Aktionen der Gewerkschaften. Die direkte politische Wirkung der Bewegung scheint gering zu sein, doch was sie ausdrückt, sollte ernst genommen werden. Die spanische Partei Izquierda Unida IU (Vereinigte Linke) konnte im linken politischen Spektrum von dieser Situation profitieren und bei den Wahlen Fortschritte erreichen; sie erhöhte ihr Ergebnis von 3,77 % im Jahr 2008 auf 7 % und die Zahl ihrer Abgeordneten von 2 auf 11. Die Ergebnisse anderer, nationalistischer oder neu gegründeter Parteien bestätigen eine auch in anderen Ländern festzustellende Diversifizierung der Wählerentscheidung und spiegeln einen gewissen Willen wider, sich vom Zweiparteiensystem zu emanzipieren. Für Spanien ist nach dem Sieg der konservativen Kräfte die Frage einer von der Mehrheit getragenen Perspektive, die Antworten auf die soziale Krise und die Krise der Demokratie in diesem Land geben kann, noch offen.

Welcher Gesellschaftsentwurf?

Man sollte unterscheiden zwischen Parteien und Ländern, in denen die sozialdemokratische Linke an der Regierung oder in der Opposition ist bzw. war. Die guten Ergebnisse, die die Sozialisten in Frankreich bei den Kommunalwahlen und im Senat erzielen konnten, eröffnen eine glaubwürdige Perspektive für einen Wandel. Die SPD scheint mit Blick auf 2013 durch ihre Ergebnisse gestärkt aus den jüngsten Wahlen in verschiedenen Bundesländern hervorzugehen. Hervorzuheben ist auch Dänemark, das wie ein Stern am für die dänische Linke besonders dunklen Himmel erscheint. Für Massimo d'Alema kündigt dieser Erfolg der dänischen Linken eine „europäische Erneuerung“ an (Le Monde 21.09.2011). Der Voluntarismus einer solchen Erklärung vergisst, wie tiefgreifend die Krise ist und auf welcher Ebene Antworten gefunden werden müssen.

Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und Demokratie und die ihr zugrunde liegende Infragestellung von Kapitalismus und liberaler Politik offenbaren ebenso wie das Streben nach einem anderen Gesellschafts- und Wachstumsmodell den Widerspruch, in dem sich die sozialdemokratische Linke in Spanien wie in ganz Europa befindet. Sie steht einerseits vor der Notwendigkeit, „die Realität“, d. h. die Macht der Märkte, in Betracht zu ziehen, und andererseits den Forderungen ihrer Wähler, der unteren und mittleren Bevölkerungsschichten Rechnung zu tragen. Es

geht um ihre Identität als linke Kraft. Da es in dieser schweren Krise keinen Gesellschaftsentwurf gibt, der die Niederlage des Liberalismus einrechnet und den Willen der Völker ausdrückt, wird das Feld Bestrebungen politischer Natur, die allein auf eine Milderung der sozialen Auswirkungen des gegenwärtigen Desasters abzielen, überlassen. In der Linken hat mit den sozialen Bewegungen und innerhalb der sozialdemokratischen Parteien die Debatte über die Überwindung der Krise begonnen. Braucht es eine Sparpolitik oder braucht es Maßnahmen, die sich der Diktatur der Märkte entgegenstellen, konkrete Lösungen in den Bereichen Beschäftigung, Löhne, Steuergerechtigkeit und Daseinsvorsorge anbieten und für einen neuen Sozial- und Demokratiepakt auch auf europäischer Ebene eintreten?

Drücken nicht die Enttäuschung, die Empörung, der Widerstand in seinen diversen Formen und die Frustration Erwartungen in Bezug auf Werte und Orientierungen aus, die als die der Linken gelten, und zeigen sie nicht, dass diese Werte auch heute noch Bestand haben? In diesem Sinne nahm die Krise in den letzten zwei Jahren mit der Vertiefung in Richtung Krise des Kapitalismus und politische Krise eine aufschlussreiche Entwicklung. Wir stehen am Ende einer Epoche. Wir erleben eine historische Auseinandersetzung um die Frage, welcher Weg einzuschlagen ist und welche neuen Antworten die Linke geben muss.

Paris, November 2011

Die Sozialdemokratie: Versagen und Zyklusende

1. Die sozialdemokratische Linke und die Krise

Am Tag nach der Präsidentschaftswahl 2002 in Frankreich veröffentlichte die Zeitung Le Monde ein reichhaltiges Dossier unter dem Schlagwort "Sozialdemokratien in der Krise". Ein großer Teil davon war den französischen Sozialisten gewidmet. Aber es fand sich dort auch der Entwurf eines Panoramas der sozialdemokratischen Linken in Europa. In seiner Einführung definierte Daniel Vernet den Rahmen in einer enttäuschten und fragenden Feststellung: "Historisch hat sich der demokratische Sozialismus als angefochtener Erbe der großen Denker der Arbeiterbewegung des XIX. Jahrhunderts gerechtfertigt gesehen, angesichts der politischen Schwächung des internationalen Kommunismus, als Folge seiner ideologischen Zurückweisung. Die Euphorie war jedoch von kurzer Dauer". Er schrieb dann weiter "Weit davon entfernt, den Parteien Gewinn zu bringen, die gegen die Rechten und gegen die Kommunisten das Bündnis der sozialen Gerechtigkeit und der Freiheit ins Feld geführt hatten, haben der Berliner Mauerfall und der Zusammenbruch des Sowjetblocks der liberalen Globalisierung den Weg gewiesen". Als Zeichen der Zeit schloss er mit dem, was damals noch die Kraft des Selbstverständlichen hatte in der verwüsteten Landschaft der französischen Linken: "Der dritte Weg nach Blair (ist) der einzige kühne Ton, der in den letzten Jahren angeklungen ist". Das Dossier lobte "die Spannkraft des Blairismus", "die herausfordernde Gesundheit der Schweden", "den sozial repräsentativen Reformismus" mit der Versöhnung des "Marktes und der Solidarität", als neue Identität einer italienischen Linken auf der Suche nach Modernität. Auf der deutschen Seite erklang die leicht beunruhigende Melodie unter der Überschrift "Die Flucht der Arbeitnehmer: Um die "kleinen Leute" zurückzugewinnen, müssen die sozialdemokratischen Parteien deren Befürchtungen ernst nehmen".

Juni 2009. Eine neue Enttäuschung: die Tendenz sieht sich bestätigt. Die europäische Linke, und in erster Linie die Sozialdemokratie, erfährt erneut eine Niederlage. "Die Sozialdemokratie, das unvermutete Opfer der Krise", schreibt Le Monde. Und doch... "Das Theorem war fast perfekt; die Rechte ist der Anker des Kapitals. Also des Kapitalismus. Da sich dieser in der Krise befindet, gilt dies auch für die Rechte. Die Linke musste also die Europa-Wahlen gewinnen. Das Problem aber war: in der gesamten Union haben die Wähler ihre Stimmzettel umgedreht und gegen die sozialdemokratischen Linken gestimmt".¹

Die simple Feststellung gewinnt hier die Kraft einer Provokation. Die Kommentare unterstreichen den Umstand, dass es für die Sozialdemokratie schwierig ist, sich als Fluchtweg gegen die Rechtsparteien zu behaupten, die sich des Banners der Regulierung bemächtigt haben, wenn nicht der "Neubegründung des Kapitalismus", während die Linksparteien ihr Heil im "Realismus" der Anpassung an den "Markt" und an den Wettbewerb suchten. Der Autor des Leitartikels zieht daraus den Schluss: "Zwanzig Jahre lang (1998 – 2008) hat die Sozialdemokratie unter dem Vorzeichen der europäischen Konstruktion und des Euro den Liberalismus unter dem Namen des Föderalismus durchzusetzen vermocht. Dieser Zyklus läuft aus". Es ist somit die Verbindung hergestellt zwischen der Krise der populären Legitimität des europäischen Projekts und der ideologischen Aushöhlung eines Kompromisses, der Tag für Tag unausgewogener wird, zu Gunsten der dominierenden Kräfte. Der neue Zyklus war bereits der Leitfaden eines Artikels der Friedrich Ebert-Stiftung im Juli 2007 unter der Überschrift "Die europäische Linke muss sich zwischen den alten Spurwegen und den neuen Anforderungen umorientieren"² Diese Umorientierung scheint sich mit dem Bruch, bedingt durch den Zerfall der liberalen Dogmen im Verlauf der Krise, aufzuzwingen.

¹ Frédéric Lemaitre, Le Monde, 17 juin 2009

² Ernst Hillebrand, Juli 2007

“Der wirtschaftliche Sturm der letzten Monate hat die Sicherheit der Herren der Welt hinweggefegt. Und es handelt sich dabei vor allem um die Krise der Ideen und die Krise der Werte” berichtet der Korrespondent von “Les Echos” anlässlich des Wirtschafts-Weltforums von Davos, Anfang 2009. “Die Gewissheiten, die Davos in den letzten zehn Jahren in den Raum gestellt hatte, sind zusammengebrochen. Wir sind Zeugen des Zusammenbruchs eines ganzen ideologischen Systems”, sagt zusammenfassend der Generalsekretär des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften, Guy Rider.³ Man könnte noch viele Beispiele anfügen.⁴

Gestern hat die Sozialdemokratie nicht nur keinen rein mechanischen Gewinn aus dem Zusammenbruch des sowjetischen Kommunismus gezogen, sondern der sozialdemokratische Kompromiss ist von der Flut des Neoliberalismus der Globalisierung fortgetragen worden, den sie insgesamt sich zu eigen gemacht und gefördert hatte. Die Folge war eine Absage der populären Schichten, aber auch eine steigende Beunruhigung des “Mittelstands”, wie man dies in den richtungweisenden Fällen Großbritanniens und Deutschlands hat beobachten können.

Heute haben die sozialen und politischen Realitäten mit ihrer Schlagkraft der Sozialdemokratie das Wasser abgegraben. Gestern sah sie sich mit den sozialen Folgen eines Liberalismus konfrontiert, mit dem sie sich arrangieren konnte, und den sie sogar mit dem Streben nach Konsens in seinen europäischen Dimensionen zu steuern vermochte. Heute sieht sie sich den Erwartungen und Beunruhigungen der Mehrheit gegenüber, und ist zudem der Zurückweisung der Logik des Kapitalismus ausgesetzt. In den letzten Jahren hat sie sich mit A. Giddens, Tony Blair und dem “Dritten Weg” mit seinen diversen Fehlschlägen darum bemüht, den sozial-liberalen Kompromiss unter dem Banner des Realismus und der wirtschaftlichen Effizienz im Rahmen der Globalisierung zu

legitimieren. Die Folge ist heute ein politischer und sozialer Fehlschlag, dem die französische sozialdemokratische Linke - ungeachtet ihrer Besonderheiten - nicht hat entgehen können. “Die europäische Linke hat sich einer durchdachten Marktwirtschaft angeschlossen”, erklärt Hubert Védrine, ehemaliger sozialistischer Außenminister. “Aber die Sozialdemokratie hat sich verstrickt in der konservativen Revolution von Margaret Thatcher, nunmehr konfrontiert mit einem eiskalten Liberalismus, der sich überall durchgesetzt hat. Sie hat es nicht verstanden, die Wirkungen der liberalen Globalisierung auszugleichen, wie es Roosevelt in den dreißiger Jahren erreicht hatte, um den Kapitalismus trotz seiner selbst zu retten. Das müsste sie jetzt bewirken”⁵

Aber wie soll man diesen neuen Kompromiss wohl finden, in Ansehung der Beunruhigungen, der Ängste, des Verlangens nach Sicherheit der Arbeitsplätze und nach Schutz, wo doch bereits vor der Krise, Blair, Schröder und auf seine Art Romano Prodi in Italien liberale Reformen durchgesetzt haben?

Der politische und ideologische Vertrauensverlust stellt die Sozialdemokratie vor ein neues Dilemma, das zu einer sehr schwierigen Wahl zwingt. Die breite Masse, einschließlich des sogenannten “Mittelstands”, die soziale und Wahlen bestimmende Basis der Linksparteien, ist betroffen oder fühlt sich bedroht. Sie erwartet konkrete und sofortige Lösungen, während ein sie benachteiligendes Ende der Krise zu explosiven Widersprüchen führt und somit zu neuen politischen Einbrüchen.

Die Krise mit ihrer Besonderheit stößt den ideologischen Rahmen um. Anlässlich des Kolloquiums “Eine neue Welt, ein neuer Kapitalismus” in Paris Anfang 2009 umreißt der Finanzminister der Arbeiterpartei der Niederlande Wouter Bros, mit einer typisch niederländischen Offenheit das Maß des Umschwungs und der Widersprüche, denen die Sozialdemokraten ausgesetzt sind. “Als Erstes habe ich, um zu zeigen, wie weitgehend ich ein

³ Les Echos, 2. Februar 2009.

⁴ Hierzu das Dossier von Dominique Sicot « Le libéralisme a-t-il fait son temps ? », Humanité-Dimanche, 10. April 2009.

⁵ Le Monde, 24. September 2008.

moderner sozialistischer „Leader bin“ 2003 eine Prinzipienerklärung abgefasst. Es musste der Welt vor Augen geführt werden, dass der sozialistische „Leader“ modern ist, und es musste das Credo beseitigt werden, dass die Sozialdemokraten die Banken verstaatlichen müssten. So habe ich es gehalten. Somit war ich modern ... Vor zwei Monaten hat man die Banken verstaatlicht!“⁶

Die Antwort von Dominique Strauss-Kahn – damals Direktor des IWF -, auf die Frage „Fühlen Sie eine Infragestellung des globalen Wirtschaftssystems?“ ist aufschlussreich (wie die Frage) im Hinblick auf die neue ideologische und politische Problematik: „Ja, wenn es sich darum handelt, den Fehlschlag eines ultra-liberalen Denkens zu unterstreichen. Jeder gibt heute zu, dass die Finanzmärkte besser gesteuert werden müssen. Nein, wenn es sich um die Behauptung handelt, dass dies das Ende des Kapitalismus ist“. Und er fügt noch an, was von Interesse ist, wenn es sich darum handelt, die Originalität der Debatte in Frankreich zu unterstreichen: „In der großen Mehrheit der Länder, die ich besuche, wird die Marktwirtschaft nicht in Frage gestellt. Die Debatten, die in Frankreich in dieser Hinsicht für Unruhe sorgen, sind nach wie vor sehr französisch“⁷

In Frankreich zeigt das herrschende Misstrauen – wenn nicht die Ablehnung des Liberalismus mit dem alles beherrschenden Markt und auch des Kapitalismus als solchem – eine feste Bindung an das, was man im allgemeinen das „soziale Modell“ nennt. Diese Bindung hat in Frankreich eine stärkere und tiefere Verankerung als dies in anderen Ländern der Fall ist.⁸ Aber die kritische Stimmung findet sich überall in Europa, auch in Deutschland.

In einer Erhebung vom Frühjahr 2008 erklärten nur 31% der befragten Personen, sie hätten eine positive Meinung bezüglich der „sozialen Marktwirtschaft in Deutschland“ (dargestellt als Alternative

zum Kommunismus und dem ultraliberalen angelsächsischen Modell der Nachkriegszeit). 73% sind der Meinung, dass die Verteilung des Vermögens ungerecht ist (56% Ende 2007). „Nur das tiefgreifende Empfinden, dass die Gesellschaft aus den Fugen gerät, dass eine Minderheit auf unmäßige Art profitiert, kann dieses Ergebnis erklären“, sagt der Verantwortliche der Erhebung, der diese Unzufriedenheit auf die politischen Folgen der Schröder-Reformen des Arbeitsmarktes zurückführt: „(Die Bürger) haben den Eindruck, dass die Situation ungerechter geworden ist.“⁹ In mehreren Ländern Westeuropas haben die sozialdemokratischen Parteien versucht, die Flut zu stoppen, indem sie ihrer Politik eine sozialere Wendung gaben. Das Programm der europäischen sozialistischen Partei für die Europa-Wahlen 2009 war ein Spiegel dieses Bemühens, aber offensichtlich ohne Überzeugungskraft. Die Niederlage bei den Europa-Wahlen vom Juni 2009 verleiht der Herausforderung einen dramatischen Unterton.

2. Wandel oder Ende?

„Wandel oder Ende: welche Zukunft für die Sozialdemokratie?“. Mit diesen Worten sagt der Präsident der PSE, der frühere dänische Premierminister Paul Rasmussen – der Vater der Flexicurity-Strategie – worum es geht. Er setzt einige Eckpunkte für den notwendigen Wandel: „Eine stärkere Hervorhebung der politischen Differenzen zwischen der Linken und der Rechten. Muss die Sozialdemokratie nach den Europa-Wahlen so tun, als sei nichts geschehen und damit das Risiko eingehen, den Rechtsparteien dabei zu helfen, in den kommenden Jahren die politischen Differenzen noch mehr zu verwischen? (...) Wir müssen lernen, den Menschen zur Seite zu stehen und auf ihre Ängste und ihre Hoffnungen zu antworten. (...) Um unser Projekt in einer sich stark entwickelnden Welt neu zu überdenken, müssen wir die Umwelt verbinden mit unserem natürlichen Einsatz für soziale Gerechtigkeit und Gleichheit? (...)“

⁶ 29 Le Monde, 15 janvier 2009

⁷ Les Echos, 12 février 2009

⁸ Daniel Cirera, « L'exception française » face au libéralisme. Revue Nouvelles Fondations no. 3-4, 2006.

⁹ Erhebung der Stiftung Bertelsmann, Le Figaro, 18. Juni 2008.

Wenn es uns nicht gelingt, einen Weg zu finden, um unseren nie aufgegebenen Kampf gegen die Ungleichheit mit der Umwelt zu verknüpfen, werden wir gezwungen sein, unmögliche Kompromisse einzugehen. (Was die Globalisierung betrifft), müssen wir die richtigen Antworten auf ihre verheerenden Aspekte finden, (in erster Linie) hinsichtlich der Ungleichheiten, (die) weiterhin skandalös sind". Schließlich, was Europa betrifft, "sind unsere Reden zögerlich und manchmal sogar widerspruchsvoll, und in Ermangelung der Entwicklung eines klaren und ehrgeizigen Projekts (...) können wir die Bürger nicht davon überzeugen, uns dabei zu unterstützen, ein Europa zu bauen, das in der Lage ist, sie im Rahmen der Globalisierung zu schützen". Er schließt: "Wenn wir scheitern, und vor allem, wenn wir den Wandel verweigern und wie bisher weitermachen, wird dies unser Ende sein".¹⁰ Die Sozialdemokratie macht damit ihr Überleben von ihrem Verhältnis zur breiten Masse der Bevölkerung abhängig und bezieht sich auf die "Werte" der Linken und eine Reaktivierung der Unterscheidbarkeit zwischen Links und Rechts. Der Kapitalismus oder wenigstens - was schon Einiges ist - die Beherrschung durch das Finanzkapital, wird in Frage gestellt, nicht ausgehend von ideologischen a priori, sondern ausgehend von den realen Anforderungen.

Eine der Schwierigkeiten der Sozialdemokratie beruht auch auf dem erneuten Auftauchen der Konfliktträchtigkeit. Sie muss den Konflikt als Teil der Lösung der Probleme akzeptieren, wenn sie wirklich – und nicht nur mit Willensäußerungen – in der gesellschaftlichen Wirklichkeit handlungsfähig werden will. Werner A. Perger analysiert dies als eine Art Erschöpfung des "sanften Reformismus", der dazu führt, den Kompromiss zu akzeptieren, bevor man noch seine eigene Position verteidigt hat und somit in Wirklichkeit darauf zu verzichten, ein Kräfteverhältnis zu schaffen. Wenn man sich von vornherein und prinzipiell über die Bedeutung von rechts und links hinwegsetzen

will, wie es wohlmeinend bei den Vertretern des "Dritten Weges" und bei der reformistischen Linken der Fall ist, riskiert man zum Glaubwürdigkeitsverlust beizutragen, wie im Fall des Missverständnisses zwischen Anthony Giddens und manchen Reformern der Linken: die geistige Aufgeschlossenheit für die Bedürfnisse der Unternehmen bedeutete für manche, auch den kleinsten Wünschen der Arbeitgeber voraus zu eilen.(...) Glaubwürdigkeit bedeutet auch die Fähigkeit, den Konflikt zu akzeptieren, und sogar wenn nötig mit den Gegnern von gestern, mit dem Klassenfeind, in Konflikt zu gehen mit dem man doch gelernt hat als Reformierender vernünftige Lösungen für die Probleme zu suchen"¹¹ Die Bemerkung ist umso bedeutungsvoller, als sie von einem Analysten stammt, der sich ansonsten in seinem Text klar für eine Sozialdemokratie ausspricht, die das Vertrauen ihres traditionellen Wählerstammes zurückgewinnen muss, "ohne die Achtung aufs Spiel zu setzen, den sie als reformierende Kraft gewonnen hat".

Direkt nach der Niederlage des 21. April 2002 in Frankreich war die Abkehr der populären Schichten von der Linken der Kern der Verwirrung und der Analysen in den nachfolgenden Kongressen, sowohl bei der sozialistischen Partei wie auch bei der Kommunistischen Partei.

Für die PS stellte sich die Frage erneut nach 2005, mit dem Sieg des Nein bei der Volksabstimmung über den europäischen Verfassungsvertrag, stark mehrheitlich links orientiert und sehr populär. Die Debatte wurde erneut wachgerufen bei den Präsidentschaftswahlen 2007 und der erneuten Niederlage der Kandidaten der Linken.¹² Mit dem Sieg der Rechten in der Mehrheit der europäischen Länder, der Schwächung der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, und der Schwierigkeit für die aus der kommunistischen Bewegung hervorgegangenen Parteien, in der Mehrzahl der Länder eine ausreichend signifikante

¹⁰ Tribüne in Libération, 2. Juli 2009, übernommen in der Wochenzeitschrift der Sozialisten, Juli 2009.

¹¹ Werner A. Perger, « Conservatisme doux et effondrement du centre », Friedrich Ebert-Stiftung, Oktober 2008.

¹² Die Bindung an die Arbeiterklasse ist zerbrochen », stellt Rémi Lefebvre in L'Humanité, 1. september 2009 fest, in seiner Arbeit über die Beziehungen zwischen der französischen PS und den unteren Volksschichten. Dazu vor allem "Le socialisme français" und die "classe ouvrière", Revue Fondations, no.1, März 2006, Stiftung Gabriel Péri.

Basis zu erringen, sind nun alle linksorientierten Parteien und Organisationen¹³ mit dieser Abkehr der Mehrheit der Arbeiterklasse und der Mittelschichten von linker Politik konfrontiert. Manchmal bedeutet diese Abkehr sogar die Hinwendung zu populistischer Kräften und einer radikalisierten und xenophoben Rechten (die Partei von Pym Fortuyn in den Niederlanden, die dänische Volkspartei, die Lega Nord in Italien). Die Ergebnisse der Europawahlen 2009 bestätigen diesen Trend. Unter anderem schadet die massive Enthaltung der unteren Volksschichten den Linksparteien. In Frankreich ist es mit Sicherheit so, aber die Tendenz verschont praktisch niemanden in Europa.

Warum wählen die Arbeiter nicht mehr mehrheitlich links? Warum besteht diese Kluft zwischen den unteren Bevölkerungsschichten und der politischen Vertretung? Diese Fragen setzen den aktiven Mitgliedern und Verantwortlichen zu. Sie wenden sich an die Forscher. Diese empfehlen die Aufgabe der a priori, der abstrakten und statischen Visionen, um auf die "realen Menschen" und die Bewegungen in der Gesellschaft einzugehen. Somit stellt sich die Frage der Angemessenheit der politischen Reaktion, der politischen Antworten der Vielfalt der Linken. Die Verantwortlichen verlangen die Fortsetzung der Arbeit von Analyse und Forschung, umso mehr als die Realität in Bewegung ist. Als Schlussfolgerung ihrer Analyse der Entwicklungen, der Bruchbildungen in der Strukturierung der Beziehungen zwischen politischer Wahl und Klassenzugehörigkeit fordern G. Michelat und M. Simon dazu auf, sich "die Frage nach der Fähigkeit des politischen Systems zu stellen den Erwartungen zu entsprechen, die von den sozialen und kulturellen Entwicklungen ausgelöst werden. Diese Fragestellung steht im Zentrum der Konjunktur, die sich seit Anfang der neunziger Jahre entwickelte. Die Dringlichkeit der Antwort muss unterstrichen werden – auch wenn diese nicht einfach zu finden ist. Statt Lob und Tadel zu verteilen, sollte man die Verzweigung

des Verlangens einerseits verstehen und andererseits das, was man als einen Mangel an Angebot betrachten kann, wobei beides auf die noch nie dagewesenen Probleme zurückverweist, die der neue Kurs der Welt mit sich bringt."¹⁴ Die Antwort auf diese Frage führt somit zurück auf die Fähigkeit der linken politischen Kräfte, Pläne zu entwickeln und Antworten zu geben, die den Erwartungen des Volks entsprechen. Dies betrifft die schwer bestrafte Sozialdemokratie, aber die kommunistischen Parteien sind keineswegs verschont: sie sind ganz direkt und als erstes in ihrer eigenen Identität betroffen – auch in ihrer historischen Rolle.

Dieses Umdenken umfasst auch die Art und Weise mit der sich die Sozialdemokratie nach und nach aus strategischen Gründen von ihrer "Arbeiter"-Verankerung "gelöst" hat. Seit den siebziger und achtziger Jahren hat man seitens der sozialdemokratischen Linken die Bedeutung der Mittelschichte unterstrichen und theoretisch ausgelotet, da sie als entscheidend galten, um eine soziale Basis zu schaffen und Mehrheiten aufzubauen¹⁵ bis hin zu den Strategien des Vorpreschens ins Zentrum "jenseits der Rechten und der Linken" (A. Giddens).

3. Das Verwässern der Klassenzugehörigkeit

Eine Anzahl von Verwischungen kennzeichnet in der Tat die Zeitspanne, die sich über mehr als zwanzig Jahre erstreckt. Sie wurden gespeist und aufrechterhalten durch die Ähnlichkeit oder zumindest die Abwesenheit signifikanter und sichtbarer Differenzierungen zwischen der praktizierten Politik der unterschiedlichen Mehrheiten und homogen gestaltet im europäischen Rahmen. Es ist dies aber nicht der einzige Grund. Es besteht eine Wechselwirkung einer Vielzahl von Wandlungen – wenn nicht Umstürzen. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Zerstörung des Wahlverhaltens konform der Klasse, mehr oder weniger

¹³ Der Erfolg der Akel in Zypern, die die Präsidentschaftswahlen gewonnen hat und bei den Europawahlen eine Aufwärtsentwicklung verzeichnet, ist eine Ausnahme unter so ungewöhnlichen Umständen, dass eine Einordnung in den allgemeinen Rahmen nicht stichhaltig wäre.

¹⁴ Guy Michelat und Michel Simon, *Les ouvriers et la politique*, Presses de Sciences Po, Paris 2004.

¹⁵ Es ging ausgehend von zweifelsfreien Mehrheiten auch darum, die Klassenkonflikte zu maskieren durch die Zurückverweisung auf einen dogmatischen Diskurs, was die politische Bezugnahme auf die Arbeiterklasse betrifft. Zu dieser Frage sind als willkommene Referenz die Arbeiten von Jean Lojkine, *L'adieu à la classe moyenne*, *La Dispute*, 2005; *La crise des deux socialismes*, opt.cit.

schnell je nach Territorien und Kulturen, jedoch allgegenwärtig, sowie um die neoliberale Welle, den Zusammenbruch des sowjetischen Kommunismus und die fortschreitende Erosion der Parteien, die den Kommunismus im Banner führen. Ausgehend davon findet sich die Suche nach einem neuen Weg, dem "Dritten", und unterschwellig geht es in diesem Zusammenhang seitens der Regierungen um die Reformen zum Abbau des von Hemmnissen in der Integration in die Weltmärkte mit den bekannten sozialen Folgen.

Bei der Einführung in das Seminar "Mutations sociales et représentations politiques" (Sozialer Wandel und politische Repräsentanz)¹⁶, das er bei der Stiftung Gabriel Péri leitet, analysiert Jean Lojkine den Umschwung der siebziger und achtziger Jahre in der politischen Repräsentanz der Lohnabhängigen, begleitet von der neoliberalen Welle, der Verwischung der früheren Bezugspunkte des Arbeitsprozesses, der Ausbreitung der Prekarität, der Übernahme des Themas der Reform durch die Parteigänger des Neoliberalismus und der Schwächung der Organisationen, die behaupten, die Arbeiterklasse zu vertreten. Es erscheint uns sinnvoll, uns auf dieses Seminar zu beziehen bei der kritischen Analyse der Begriffe "Mittelschicht", "untere Bevölkerungsschichten oder –klassen". Zurecht fordert J. Lojkine dazu auf, diese komplexen Veränderungen in den politisch-wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang zu stellen:

"Der Fall des Sowjetsystems, der Funktionsverlust des Staates in den westlichen Ländern, vor allem in Westeuropa, konfrontiert mit dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit, mit einem Wort, der Abbau des sozialen Schutzes, stellen die effektive Fähigkeit der populären Volksschichten und der verunsicherten intellektuellen Kreise vor das Problem, ihre Zukunft zu durchdenken und auf eine voraussehbare Zukunft hin zu definieren".

Diese Analyse entspricht im übrigen den Schlussfolgerungen von Henri Rey: "Die eingetretene

Entfremdung zwischen der Linken und der Masse der Wähler beruht auf dem morphologischen, sozialen und kulturellen Wandel dieser Kategorien, sowie auf den Politiken der Linken selbst, die sie während ihrer Regierungsbeteiligung vertrat."¹⁷

Der Verzicht auf das Ziel des Sozialismus ist wesentlich, wobei die gegenwärtige Krise dieses ZIEL nicht als im Vorhinein festgelegte ideologische Bezugnahme wieder auftauchen lässt und auf den neuesten Stand bringt. Diese Neubestimmung muss von der Realität und der "realen Bewegung" ausgehen. So unterstreicht Henri Rey nach der Analyse des Zerfalls des Selbstverständnisses der Klassenzugehörigkeit (im politischen Sinne) und der Entwicklung des Bewusstseins eines erschütterten und verunsicherten Lohnempfängerdaseins, den Austausch des Klassenkonflikts gegen die Prozesse des sozialen Ausschlusses wie folgt: "Die französische Gesellschaft hat somit ihre Armen und ihre Unterworfenen, die gelegentlich Interesse und Mitgefühl auslösen, aber man erkennt keine spezifische Rolle der Arbeiterklasse mehr bezüglich der Dynamik des gesellschaftlichen Wandels."¹⁸

Wenn es auch gilt, unvermeidlichen und einengenden Verallgemeinerungen aus dem Weg zu gehen, so kann man doch ohne das Risiko der Vereinfachung feststellen, dass die Tendenz der Separation von der Arbeiterklasse die gesamte Sozialdemokratie Europas betrifft. "Was politisch und ideologisch Ende des XIX. Jahrhunderts und während der ersten Jahrzehnte des XX. Jahrhunderts aufgebaut worden ist, also die Vertretung der unteren Schichten der Bevölkerung als treibende Kraft der sozialistischen Bewegung, ist im Begriff strukturell zu zerfallen, erklärt Pascal Perrineau vom Ceviprof.

Die Verselbständigung der Stimme der Arbeiterklasse, die Erosion und die Entkräftung der Identifizierung mit einem Klassenvotum erklären sich aus den sozialen und soziologischen Erschütterun-

¹⁶ Text der Stiftung Gabriel Péri, Paris 2006.

¹⁷ Henri Rey, *La Gauche et les classes populaires*, La Découverte, Paris 2004.

¹⁸ So bei Michel Simon, Guy Michelat, *Les ouvriers et la politique*.

gen des Arbeitnehmerstatus. Die Enthaltung der unteren Bevölkerungsschichten oder die Flüchtigkeit der Stimmen verweist schließlich zurück auf die sich ausweitende Kluft zwischen den politischen Strömungen und den Erwartungen der Bevölkerung sowie auf das sich ausbreitende Gefühl der Unsicherheit und der sozialen Anfälligkeit, auf das Verlangen nach Schutz und Sicherheit und auf die Probleme immer breiterer Schichten der Bevölkerung gegenüber einer Explosion von Ungleichheit. Dieser Verlust einer authentischen der Stimme des Volkes ist aber auch Resultat der Verwischung der Unterscheidbarkeit von rechts und links.

Die Struktur des politischen Lebens auf einer Achse der Opposition rechts/links ist mehr oder weniger starr, je nach der ererbten politischen Kultur. Sie beruht auch auf den Institutionen und Kräfteverhältnissen, die diese beinhalten. In Frankreich, daran sei hier kurz erinnert, haben das Erbe der Revolution, die Auseinandersetzungen um die Republik und die Beziehung zum Sozialismus ein originäres Konzept der Konfrontation mit einer starken ideologischen Dimension zwischen rechts und links verankert. Dies ist in anderen Ländern nicht der Fall, in denen eine Kultur des Konsens dominiert, wie z.B. in den nordischen oder angelsächsischen Ländern. Die Beziehung zum Aufbau Europas die in allen politischen Kräften in Frankreich wesentlich ist, ist hierfür eines der aufschlussreichsten Beispiele. Sie erfasst bei weitem nicht alle Spaltungen, die die Gesellschaft bestimmen und in die das politische Leben eingreift (zum Beispiel die Gegensätzlichkeit "Volk/ Eliten", usw.) und betrifft nicht nur Europa, bewegt sich aber im Rahmen der großen Prioritäten, je nach der mehr oder weniger großen Rolle, die traditionell der sozialen Gerechtigkeit, dem öffentlichen und Dienstleistungsbereich, der Rolle des Staates, dem Verhältnis zur Autorität und der populären

Dimension der Demokratie zugestanden wird: dem Vorrang des Rechts vor der Macht, dem Bezug zum "Fortschritt" (zur Aufklärung...), wie zu den gesellschaftlichen Fragen der Gleichheit zwischen Frauen und Männern, dem Kampf gegen Diskriminierungen usw. Diese Beziehung betrifft Werte, deren Reichweite sich zugegebenermaßen im Zeitablauf auf der Achse rechts/links wandeln, als Rahmen der politischen Wahl bleibt sie eine Unterscheidung, die unlöslich mit dem allgemeinen Stimmrecht verhaftet ist.

Wenn sich die Spaltung zwischen rechts und links in der öffentlichen Meinung auch wandelt, so bleibt sie doch in einem Land wie Frankreich eine dauerhafte strukturierende Referenz der kollektiven Identität und des Einzelnen. Kurz vor den Präsidentschaftswahlen 2007 haben 74% der Befragten akzeptiert, auf der Skala rechts/links zu erscheinen.¹⁹ Das ändert nichts daran, dass bei der gleichen Umfrage 61% der Franzosen (vor allem die benachteiligten Schichten) erklärten, sie vertrauten weder der Rechten noch der Linken hinsichtlich der Regierung des Landes. Alle Untersuchungen der letzten Jahre bestätigen den Zweifel betreffend die Fähigkeit der Linken, eine andere Politik als die der Rechten zu machen. Die Spaltung bleibt eine dauerhafte, jedoch versetzte Referenz, wenn sie nicht sogar durch die erlebten Realitäten widersprüchlich wird.

H. Rey sieht in der relativen Identität der Regierungspraxis der Linken und der Rechten und in den Ähnlichkeiten des "Wechsels" eine der wichtigsten Ursachen des Abrückens der Volksschichten im Fall Frankreichs: "Die gleiche Politik für die linke und rechte Regierung liegt für einen erheblichen Teil der Bevölkerung auf der Hand".²⁰

Er erinnert daran, dass kurz vor dem ersten Wahlgang in den Präsidentschaftswahlen 2002 die

¹⁹ Französisches Politbarometer, Ceviprof, Februar 2007. Die Erhebung LH2-Libération vom September 2007 bestätigt die bleibende Präsenz der Spaltung und die sich wandelnde Bedeutung der Bezugswerte und der Erwartungen. Für 47% der Befragten gelten weiterhin die Begriffe von links und rechts (gegenüber 52%). Es waren 2005 36%. Die Erwartungen sind widersprüchlich, wenn man auch die Analyse in Frage stellen kann, die will, dass das Verlangen nach Sicherheit in den unteren Volksschichten eine Referenz der Rechten wäre, laut den Kommentaren der Umfrage. Vor allem, wenn eine sehr große Mehrheit (67%) der Arbeiter, Angestellten, Arbeitnehmer des privaten Sektors der Meinung ist, dass "ihre Situation im Rahmen der Gesellschaft sich verschlechtert hat" oder dass es "immer schlechter um die Gesellschaft bestellt ist" (90%). Es bleiben jedoch noch unberücksichtigt die Wirkungen der Krise in der Bewusstseinsfindung, da diese gerade erst ausgelöst worden ist.

²⁰ Henri Rey, op.cit.

Mehrheit der Französinen und Franzosen der Meinung waren, es bestehe nur ein geringer Unterschied zwischen Jacques Chirac und Lionel Jospin. Die Aussagen der unteren Bevölkerungsschichten verstärken diese Tendenz noch: 80% der Arbeiter (75% aller Befragten) sind im Hinblick auf die Renten, 75% hinsichtlich der öffentlichen Unternehmen (70% aller Befragten) dieser Meinung. Sicher begünstigt die „Kohabitation“ während der fünf Vorjahre eine derartige Gleichschaltung. Jedoch, so hält Henri Rey fest: „Um praktisch möglich zu sein (die Kohabitation), verlangt sie nach einer Annäherung bei einer gewissen Anzahl von anstehenden Fragen zwischen der linken und der rechten Position in der Exekutive. So verstärkt sich die Quasi-Identität zwischen den beiden großen Tendenzen des politischen Lebens, sie ist jedoch nur möglich aufgrund einer bereits bewirkten Annäherung.“ Auf die Frage „Wie konnte es dazu kommen, dass der Abstand zwischen rechts und links sich so verengte, während er vor etwas mehr als zwanzig Jahren eine wirkliche Kluft ausmachte?“, stellt er fest, dass „nach und nach (mit dem Zugang zur Macht) ganze Komponenten der alternativen Politik - konkretisiert im gemeinsamen Programm der Regierung oder im sozialistischen Programm - aufgegeben worden sind, so weitgehend, dass sogar der Begriff der „alternativen Politik“ fast seine gesamte Substanz verlor.“

H. Rey bestätigt jedoch, dass „anders als die britische Linke, die die Bedeutung der Kluft links/rechts relativiert, ihr die französische Linke eine symbolische und praktische Bedeutung wahrt und sie weiterhin als Grenze sieht“. Dies hat eine strukturierende Bedeutung und unterwirft die sozialdemokratische französische Linke einer Realität, deren Nichtbeachtung sie zu spüren bekommen hat. H. Rey analysiert das Dilemma, wie die Linke es empfinden muss: „Sie muss somit ihren eigenständigen Charakter belegen, unter gleichzeitiger Beweisführung für ihre Effizienz der Steuerungsfähigkeit – aber auch ihrer Treue gegenüber den Idealen der sozialen Gerechtigkeit,

der Gleichheit und Freiheit, ihrer Befähigung als Träger der Moderne, aber auch ihrer Traditionstreue. Diese doppelte Orientierung begünstigt als Quelle regelmäßiger Aufrufe und Anklagen gewiss nicht die Verfolgung einer klaren und zweifelsfreien Positionierung“.

Grundlage ist die Feststellung, dass zwischen der Prozentsatz der „Bürgerlichen“, den leitenden Angestellten und intellektuellen Berufen auf der einen Seite, die bei den Präsidentschaftswahlen links gestimmt haben und den populären Schichten von 25% im Jahr 1988 auf 2% im Jahr 2007 gesunken ist (46% und 48%).

Diese Verwässerung der politischen Unterscheidbarkeit hat ihren Ursprung in den soziologischen Wandlungen. Sie wird verstärkt durch den Bruch in der Gesamtheit des Erbes des Sozialismus. Pascal Perrineau (Ceviprof) unterstreicht, dass „die politische Polarisierung auf eine starke soziale Polarisierung gestoßen war. Das ist nicht mehr der Fall.“²¹ Eine Entwicklung, die sich grundlegend erklärt durch die Integration des kapitalistischen Marktes und die Globalisierung als unvermeidliches Faktum. Diese Entwicklung ist unterschiedlich in Rhythmus und Breite in den einzelnen Ländern und sie hat sich beschleunigt seit dem Zusammenbruch des sowjetischen Kommunismus.

Die Konstitution des „Zentrums“ beruht auf der Theorie von A. Giddens. Er ruft dazu auf, den „Tod des Sozialismus“ festzustellen im Namen der wirtschaftlichen und sozialen Effizienz und der „Erneuerung der Sozialdemokratie“. Eine erneuerte Sozialdemokratie muss „die Linke des Zentrums sein“²² „Das politische Zentrum kann bei einer bestehenden Links-Rechts-Spaltung seiner Bedeutung nach nur den Kompromiss darstellen, eine „Mitte“ zwischen zwei stärker profilierten Richtungen zu verkörpern. Dies ist jedoch anders, wenn die Linke und die Rechte als solche weniger bedeuten als früher. Die Vorstellung eines „aktiven Zentrums“, oder eines „radikalen Zentrums“ bildet den Kern der jüngsten Debatten der Sozial-

²¹ Zu einer detaillierten und sehr argumentierten Analyse, Michelat et Simon, op.cit.

²² La Troisième voie », S. 61.

demokratie. Die starke logische Kohärenz dieser Überlegung verdient es, ernsthaft diskutiert zu werden. Aber wenn die Prämissen durch die Realität erschüttert werden und wenn die Strategie keinen Anklang findet, dann ist damit die Gesamtheit der Überlegung in Frage gestellt.

Die Gründung des Partito Democratico in Italien im Frühjahr 2007 steht für diese "Modernisierung" als Unterpfand der politischen Effizienz, als "neues Gedankengut zur Konfrontation mit einem neuen Jahrhundert", zur Gestaltung einer politischen Kraft, die mehrheitsfähig ist "unter gleichzeitiger Einbeziehung der progressiven katholischen Strömung". Dieser Prozess kommt von weit her. Es wird jedoch hier jedoch eine neue Etappe der Organisation dieses Prozesses und der Strategie in die Wege geleitet. Auf die Frage "ist die Zukunft der Linken in Europa immer mehr im Zentrum zu sehen?", antwortet Piero Fassino, früher Leiter der PCI später Generalsekretär der Democristi di Sinistra (DS) wie folgt: "Die Wahlen der letzten beiden Jahre in Europa bewegten sich um ein oder eineinhalb Prozent Unterschied herum. Das bedeutet, dass die Konkurrenz sich immer mehr auf das rechte und linke Zentrum verlagert. Das alte dreipolige Schema Rechte, Zentrum, Linke, wobei jeder gegen die beiden anderen gewinnen wollte, funktioniert nicht mehr.(...) Die Linke muss in der Lage sein, das Zentrum anzusprechen und es zu vertreten. Die Partei, die die fortschrittliche Strömung steuert, muss immer eine starke Kraft des linken Zentrums sein. Das haben Tony Blair mit New Labour und Gerhard Schröder mit der SPD gemacht". Das schließt nicht Bündnisse aus, insoweit als, wie er präzisiert, "die Bi-Polarisierung niemals eine Zweiparteieneinheit bedeutet"²³ Die italienische Erfahrung wird somit – im Mai 2007 – als die Lösung für das Versagen der sozialistischen Parteien und der französischen PS im besonderen ins Feld geführt unter der Schockwirkung einer erneuten Niederlage bei den französischen Präsidentschaftswahlen. Die Themen der Debatte wurden in den

folgenden Jahren erneut diskutiert, mit den Schwierigkeiten der neuen Partei, dem Ausscheiden von Walter Veltroni Anfang 2009 und den Fehlschlägen bei den Regionalwahlen 2009 und danach den Europawahlen.²⁴

Diese Argumentation in Italien, mit der Bezugnahme auf das Modell von Blair und Schröder, ermöglicht es, die Veränderungen und Widersprüche, auf die die Strategien des Aufbaus im "Zentrum" stoßen zu begreifen. Die Bezugnahme auf den "Dritten Weg" von Blair wird problematisch, wenn nicht kontraproduktiv. Die Krise führt paradoxerweise dazu, gleichzeitig die Konflikte zu benennen und die Antworten im Namen der Effizienz zu nivellieren. Während die Spaltung in den meisten Ländern bestehen bleibt, bezeugen die harte Gegenüberstellung der Zentren ebenso wie die Wahlenthaltung und das Votum für die extreme Linke das Verschwinden einer echten politischen Wahl ausgehend von politischen a priori Konzepten. Wahlentscheidend sind vielmehr die Antworten, die für aktuelle Probleme angeboten werden. Diesen widmen sich, nicht ohne Erfolg, die Rechte und die konservativen Parteien.

4. Eine pragmatische Rechte

Das Verwässern der Bezugspunkte ideologischer und politischer Natur ist nicht nur auf die sozial-liberale Entwicklung zurückzuführen. Die Sozialdemokratie ist mit einem Novum konfrontiert: die scheinbare Distanzierung der Parteien des rechten Zentrums oder der Rechten von den neoliberalen Dogmen. Ganz eindeutig handelt es sich für die konservativen Kräfte nicht um einen Orientierungswandel, sondern um eine rein politische Anpassung an die neuen ideologischen Bedingungen, um in der gleichen Richtung zu bleiben. In der Krise geht es darum, als die besten Verteidiger des sozialen Mindestsockels dazustehen, während der Druck des Kapitals noch brutalere Infragestellungen der sozialen und demokratischen Garantien fordert.

²³ Le Monde, 23. Juli 2007

²⁴ Die Leiter der jungen Partito Democratico (PD) können davon ausgehen, dass sie sich ehrenhaft geschlagen haben, mit 25% bei den Europawahlen. Aber mit dem Auseinanderbrechen der kommunistischen Strömung und seiner parlamentarischen Eliminierung einerseits, und auch im Zuge der Umgestaltungen rechts, ist die PD konfrontiert mit strategischen Bündnissen und der Ausweitung der Wählerbasis. Es ist dies eine der Kernfragen des Kongresses im Oktober 2009.

“Wenn man sich die europäische politische Landschaft ansieht, so besteht das neueste Element – selbst wenn das keine ganz neue Erscheinung ist – darin, dass die traditionellen christlich-demokratischen und konservativen Parteien, die sich noch vor kurzem als neoliberal erklärten, ein neues Profil übernommen haben und behaupten, die Interessen der Arbeitnehmer zu verteidigen“, wie W.A. Perger feststellt.²⁵ Das Ergebnis ist, dass die Sozialdemokratie auf die Gegenseite gedrängt wird von einer konservativen Rechten, die “ungeeignet” die Intervention des Staates und die Bedeutung des sozialen Bereichs behauptet. Der sprachliche Bruch, der in Frankreich von Nicolas Sarkozy begangen wird, um den sozialen Diskurs bestimmen zu können bis hin zu einer offenen Kritik der “Exzesse des Finanzkapitalismus”, beruht auf der wohlüberlegten Strategie, die Veränderungen in der öffentlichen Meinung zu berücksichtigen. Man findet dies auch in den meisten anderen europäischen Ländern, der “compassionate conservatism” der britischen Konservativen und der Orientierungswandel der “Moderaterna” in Schweden sind hierfür die wichtigsten Beispiele. Diese Veränderungen, die auch bei der deutschen CDU zu finden sind, sind lehrreich in Bezug auf das Gewicht und den Einfluss der sozialdemokratischen Kräfte in diesen Ländern.

Bei den Parlamentswahlen 2005 hatte die CDU eines ihrer schlechtesten Ergebnisse erzielt (35,2%). Man hatte darin die Folgen der starken liberalen Orientierung gesehen, die Angela Merkel ihrer Partei vermittelt hatte. Die deutsche Rechte durchläuft daraufhin eine Debatte zur Frage, wie man am wirksamsten den Kontakt zu den Wählern wieder herstellen könne. Einflussreiche Stimmen verweisen auf eine Neuzentrierung unter Berücksichtigung der sozialen Belange.²⁶ Es geht darum, auf die Beunruhigungen der Deutschen einzugehen und ein sozialeres Profil zu zeigen, zu einem Zeitpunkt, an dem sich die SPD auseinandersetzt mit der Widersprüchlichkeit ihrer Reformpolitiken und ihrer Beteiligung an der “Großen Koalition”.²⁷

“Die Nicht-Intervention der Regierungen mit neoliberaler Orientierung – vom rechten bis zum linken Zentrum – wird immer mehr als eine Schwäche empfunden, als eine Flucht vor der politischen Verantwortung, auch in den traditionell konservativen Kreisen.” (Perger). Als der ehemalige Präsident der Bundesrepublik, H. Köhler, erklärte, dass die Finanzmärkte “unkontrollierbare Ungeheuer” geworden seien und verlangte, dass man ihre negativen Auswirkungen durch internationale Bestimmungen korrigiert (was in Frankreich mit einer interventionistischen rechten Strömung verbunden werden kann), so gewinnt dies in Deutschland die Dimension eines Bruchs, der Aufschluss gibt über die Veränderungen, die die Krise in der öffentlichen Meinung ausgelöst hat. In gleicher Weise ist die Kritik an Boni, goldenen Fallschirmen, übermäßigen Gehältern der Chefs der Großbetriebe nicht mehr das Alleinstellungsmerkmal der Linken. “Ein Politiker, der die Wahl gewinnen will, geht nicht mehr das Risiko ein, von dem unumgänglichen Gesetz von Angebot und Nachfrage zu sprechen, um die Lohnskala zu rechtfertigen”, unterstreicht W.A. Perger. Die politische Folge ist: es wird eng für die sozialdemokratische Linke, die bereits ihre traditionellen Wähler verloren hat zugunsten populistischer Strömungen rechts und gelegentlich auch links. Sie sieht sich in Frage gestellt von den früheren Konservativen, die ihr ihre antisoziale Politik vorwerfen und die Nichtbeachtung der Anliegen der Bürger. Die Sozialdemokraten werden sogar von ihre eigenen Rechten in Frage gestellt hinsichtlich ihrer Fähigkeit, die Errungenschaften des sozialen Modells zu bewahren.

Diese Orientierung präzisiert sich mit der Krise. Die Kommentare vermerken die Kehrtwendung, die seitens der konservativen Kanzlerin gemacht wurde, um das Bankensystem zu retten – nicht ohne lebhaft Kritik seitens der Verantwortlichen ihrer Partei und eines Teils der Arbeitgeber. Wenn die Regierung von Angela Merkel teilweise die zweitgrößte Bank des Landes (die Commerzbank)

²⁵ Conservatisme doux et effondrement du centre. Friedrich Ebert-Stiftung, op.cit.

²⁶ Die Infragestellung einer Schröder-Reform und der Antrag auf eine Verlängerung der Zahlungsdauer der Arbeitslosenversicherung stammt von einem Parlamentarier der CDU.

²⁷ Verweis auf « La justice sociale, une notion polysémique dans le débat préélectoral allemand », Serge Gouagé, Cerfa, Ifri, April 2009.

verstaatlicht und voll und ganz die HRE, wenn sie beschließt, die Renten anzuheben sowie das Kindergeld, gräbt sie der Sozialdemokratie, die ihrerseits die neo-liberalen Reformen Anfang des Jahrzehnts durchgesetzt hat, das Wasser ab.

In Schweden ist der unerwartete Sieg der Konservativen bei den Wahlen 2006 gegenüber einer fest installierten sozialdemokratischen Partei auf der Grundlage einer neuen Identität erfolgt, mit der Beseitigung des wirtschaftlichen und konservativen Profils neoliberaler Prägung. Sie ziehen die Lehren aus einer Reihe von Fehlschlägen und bieten einen Wandel an, der nicht den Sozialstaat angreifen soll und das „Schwedische Modell“ bewahren, aber modernisieren will. Unschwer, wenn auch in angepasster Form, ist die Strategie von N. Sarkozy erkennbar, der das „französische Modell“ für sich in Anspruch nimmt und es modernisieren möchte (Ansprache vor dem Kongress der Parlamentarier, 22. Juni 2009). Es handelt sich hier zweifelsfrei auch um eine Anerkennung der Entwicklung der Gesellschaft, begleitet von der Überzeugung des protektionierten Mittelstands, dass der Sozialstaat sich reformieren müsse wegen „zu starker Verknüpfung von Protektion und Hilfestellung“. In diesem Sinn sehen sich die „neuen Gemäßigten“ die „Nye Moderanata“ selbst Konfrontationen ausgesetzt, die eine Perspektive der Rückkehr der Sozialdemokratie an die Macht möglich erscheinen lassen, aber dieses Mal in einer neuen und originellen Konstellation mit den Grünen und der Vänsterpartiet.

In Großbritannien arbeitet die neue Leitung der konservativen Partei um David Cameron am Bruch mit dem traditionellen Bild, ohne Zögern mit einer offenen Kritik an den Dogmen von Thatcher. Er greift die neuen Themen des New Labour von Tony Blair auf, vor allem soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit betreffen und stellt sie unter das Vorzeichen des „mitfühlenden Konservatismus“. Er stützt sich auf die Strategie, die es Labour ermöglichte hatte, 1998 wieder an die Macht zu kommen.

Die Tatsache, dass die konservativen Parteien die soziale Thematik aufgegriffen haben, während die Regierungen und Koalitionen des linken Zentrums

eine Politik der Liberalisierung eingeleitet und unterstützt haben, hat die Verwässerung der Spaltung rechts/links verstärkt. Mit der Krise ab 2008, dem erneuten Aufgreifen der Themen der „Neubegründung des Kapitals“ oder bescheidener der Notwendigkeit der „Regulierung“ um das wirtschaftliche System zu retten, auch zwecks „Moralisierung“ zur ideologischen Rettung der „Marktwirtschaft“, vertiefen sich die Schwierigkeiten für die Sozialdemokratie, einen Aufschwung zu bewirken und originäre Lösungen im Vergleich zur Rechten vorzulegen, die erkennbar sind für die Gesellschaft, die auf Wandel und konkrete Lösungen wartet. „Der Erfolg der Rechten erklärt sich aus ihrem Pragmatismus“, erklärt Pascal Perrineau (Cevipof). Sie bedient sich aller Werkzeuge, der ihren wie auch der des linken Lagers, ohne mit der Wimper zu zucken. Darüber hinaus offeriert sie Sicherheit und Identitätsbezug. Diese Verbindung aus Ordnung und Bewegung gewinnt, denn sie beruhigt.

5. Welche Ermessensfreiheit für welchen „neuen Kompromiss“?

Man kann mutmaßen, dass die Legitimitätskrise, mit der sich die europäische Sozialdemokratie auseinandersetzen muss, auf die Erschöpfung des „Kompromisses“ zurückzuführen ist, der nach dem Krieg erarbeitet worden war, als das Kräfteverhältnis günstig war. Sie bezahlt heute dafür mit der Schwierigkeit, einen neuen glaubwürdigen „Kompromiss“ vorzulegen, während sich in Europa und in der Welt in den letzten zwanzig Jahren alles verändert hat. Darüber hinaus wird sie von der Krise, die die Grundfesten des Kapitalismus in seiner zeitgenössischen, globalisierten und finanzträchtigen Dimension berührt, auf eine noch grundlegendere Debatte zurück verwiesen bezüglich ihrer Fähigkeit, etwas anderes anzubieten als das rechte Lager, das vorgibt, der Entwicklung der öffentlichen Meinung zu folgen unter Einbeziehung der sozialen Komponente und der „Regulierung“ des Kapitalismus. In dieser Hinsicht berührt die Krise die eigentliche Identität der politischen Kräfte, die sich historisch als eine Alternative zum „entfesselten Kapitalismus“ und zum Kommunismus definiert haben.

In dem zitierten Text entwirft Paul Rasmussen, der Präsident der Europäischen sozialdemokratischen Partei, die Strategie des "Neuüberdenkens des Projekts in der Welt von heute", die es ermöglichen, auf "Ängste und Hoffnungen" einzugehen: Man muss Umwelt und soziale Gerechtigkeit verbinden, die Ungleichheiten angreifen, die verheerenden Wirkungen der Globalisierung bekämpfen, ein klares und ehrgeiziges Projekt erarbeiten für ein Europa, das die Bürger in der Globalisierung schützt. Dieser allgemeine Rahmen, der dazu bestimmt ist, die Vertrauenskrise zu überwinden, wird allerdings unterminiert vom Zweifel an der Fähigkeit, eine konkrete Politik vorzulegen, die eine linke Identifizierung erlaubt, um effektiv eine fortschrittliche Überwindung der Krise zu ermöglichen und ohne die Zukunft des Kapitalismus mit übelwollenden Fragen anzugreifen. Es mangelt außerdem an einer Skizzierung der politischen Wege, und somit der Kräfteverhältnisse, um den Wandel zu bewirken.

Man kann versuchen, die gemeinsamen Linien der politischen und ideologischen Krise zu bearbeiten, die das Ende des Zyklus für die europäische Sozialdemokratie bedeutet. Andererseits zeigt sich, dass die Debatten auf der Suche nach einer neuen populären Grundlage und der Umriss eines neuen "Sozialpaktes" grundlegend von den nationalen sozialen und politischen Verhältnissen geprägt sind. Es ist hierbei interessant, die Art und Weise des Vorgehens der deutschen SPD und der französischen Sozialistischen Partei zu vergleichen. Diese Versuche stehen noch am Anfang, sind zögerlich und unterliegen den Spannungen, die auf die Schwierigkeit verweisen, Infragestellungen und Bruchbildungen in Einklang zu bringen und eine Perspektive für die Zustimmung der breiten Bevölkerung zu finden.

In Deutschland gibt es noch keine offene Debatte. Nach dem Desaster der Bundestagswahlen 2009 hat sich die SPD auf die Probleme der Wiederherstellung ihrer inneren Führungsfähigkeit konzentriert sowie auf die Bündnisfrage. Es ist zu früh, die Kraftlinien einer strukturierenden Debatte zu bestimmen. Auch erscheint es vermessen, in nächster Zukunft Infragestellungen der zentralen Doktrin zu erwarten. Man tendiert zweifelsfrei zu

einer sozialeren Ausrichtung und zur erneuten Unterstreichung des Modells der "sozialen Marktwirtschaft". Jedoch könnte die Konfrontation unter dem Druck des erlittenen Schlappe und der Konkurrenz im linken Lager an Substanz gewinnen.

Man kann jedoch einige Dokumente unter dem Aspekt des Beginns kommender Anstrengungen untersuchen. In seinem Text für die Friedrich-Ebert-Stiftung „Zwischen alten Rezepten und neuen Anforderungen“ ruft Ernst Hillebrand auf zu einem neuen Projekt. Er legt Zeugnis ab von dem Dilemma, mit dem sich nicht nur die SPD, sondern über sie hinaus die europäische Sozialdemokratie auseinandersetzen muss. "Die Parteien des linken europäischen Zentrums stehen vor dem Ende eines ideologischen und politischen Zyklus. Die Pläne der technokratischen reformistischen Linken der "Neuen Mitte" und des Dritten Weges sind nicht mehr in der Lage, eine signifikante Masse an Wählern zu mobilisieren. Die Folgen der europäischen Integration und der Globalisierung haben eine sehr negative Wirkung auf die strategische Wählergruppe der Parteien des linken Zentrums ausgeübt, stellt Hillebrand fest. "In einer Reihe sozialer Fragen sind (sie) heute weit entfernt von den Positionen ihres traditionellen Wahlsockels." Es geht also darum, ein neues ideologisches und politisches Projekt zu formulieren, das die Mehrheit anspricht, "ein Projekt, das sich abheben muss von dem engen Ökonomismus, der die Reformen des dritten Weges prägt, ohne deswegen das strategische Terrain der Mittelschicht zu verlassen". Für E. Hillebrand geht es darum, die Bevölkerung ernst zu nehmen: "Wenn die Kräfte des linken Zentrums wieder die Mehrheit erringen wollen, müssen sie das, was sie sagen, in der durchlebten Realität der Wähler verankern." Kein Thema darf tabu sein, weder die Immigration noch das Verhältnis der Linksparteien zum Staat, der hundert Jahre lang als zentrales Instrument der politischen und sozialen Intervention des linken Lagers gesehen worden ist, ohne dass man für ihn heute einen Ersatz gefunden hätte, um diese Rolle zu übernehmen. Es stellt sich heraus, dass viele den Staat in einer neuen aktiven Rolle sehen wollen in seiner Eigenschaft als "Schutzherr" und nicht als Vollzugsorgan der Globalisierung, als den er sich allzu oft und unter Re-

gierungen des Dritten Weges dargestellt hat.“ Für E. Hillebrand darf diese Aufwertung der positiven Rolle des Nationalstaates jedoch nicht dazu führen, dass man sich von der europäischen Integration abwendet, was somit bedeutet, “dass die EU selbst eine aktive Rolle übernimmt als Bollwerk gegen die negativen Seiten des Globalisierungsprozesses. “Es ist interessant, dass die Frage des “Schutzes“ sich im Kern der Überlegung zu einer “Rückkehr zum Volk“ befindet, begleitet von einer Rückkehr zum Staat. Es beginnt damit die Debatte über das Niveau und die Natur der vorzunehmenden Reformen, in einem Rahmen, der sich seit drei Jahrzehnten grundlegend gewandelt hat, und der nunmehr auch noch von der Krise erschüttert worden ist, ohne die Möglichkeit einer Umkehr.

Andere sozialdemokratische Forscher wenden ihren Blick dem skandinavischen Modell zu, von dem Gedanken ausgehend, dass die jetzige Krise die des angelsächsischen Kapitalismus ist und dass im Grunde die Lösungen weiterhin in der Kompetenz der Staaten liegt. In einem anderen Text der Friedrich Ebert-Stiftung legt Anke Hassel nahe, die Krise sei “die Gelegenheit, sich vom angelsächsischen Liberalismus abzuwenden, unter Heranziehung eines konjunkturellen Investitionsprogramms entsprechend dem skandinavischen Modell. Ziel: ein “aktivierendes“ sozialdemokratisches Marktmodell (...) Die Krise wird den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften die Gelegenheit bieten, sich erneut um soziale Gerechtigkeit zu bemühen. Aber diese Krise wird dennoch weder die Globalisierung der Wirtschaft noch das kapitalistische Modell als Grundlage einer auf der Privatinitiative fußenden Wirtschaft in Frage stellen“.

Gleichzeitig ermöglicht die Infragestellung “der liberalen Version der Marktwirtschaft somit die Behandlung der Themen der sozialen Ungleichheit

und der wirtschaftlichen Unsicherheit, die damit einhergehen“²⁸ die Einbeziehung der Gewerkschaften im Sinne eines Betrags zum sozialen Frieden. Für Hassel liegt somit das Problem nicht zuerst in der Globalisierung, sondern in der neoliberalen Politik. Für eine Marktwirtschaft, die das soziale Gleichgewicht mit dem Wettbewerb verbindet, bietet das skandinavische Modell eine aktive Arbeitspolitik, massive Investitionen (vor allem im Bildungswesen) und einen gut entwickelten öffentlichen Sektor sowie Sozialleistungen, ein hohes Beschäftigungsniveau und starke Gewerkschaften. Es handelt sich hier um die klassische deutsche sozialdemokratische Vision der Reaktivierung der sozialen Marktwirtschaft, verbunden mit der Feststellung, dass die Krise die des angelsächsischen Kapitalismus ist und unter Vermeidung des Ansprechens von Systemfragen.

Eine starke Strömung in der Sozialdemokratie sieht in der Krise die Gelegenheit für eine erneute Modernisierung unter Einbeziehung der Marktregulierung, begleitet von sozialer, industrieller und technologischer Umgestaltung im Rahmen eines ökologischen Projekts mit starken öffentlichen Investitionen. In den meisten Ländern geht es dabei um einen neuen grünen New-Deal²⁹. Man stößt dort auf die ideologischen Grundlagen eines modernistischen Dritten Weges.³⁰

Die Vermeidung der Infragestellung des Kapitalismus wird aber auch in einer Relativierung der Krise deutlich. Wouter Bos, der niederländische Finanzminister der Arbeiterpartei, äußert, “die Finanzkrise ist nicht das größte Problem, mit dem sich das kapitalistische System auseinander zu setzen hat. Die Klimakrise wird nach und nach am wichtigsten werden und es bleibt die Ernährungs- und die Energiekrise, die wir immer noch nicht haben beheben können. Diese beiden Krisen sind weit grund-

²⁸ Anke Hassel, *Le retour de la « Deutschland AG »*, Friedrich Ebert-Stiftung, Paris, 2009.

²⁹ Dies entspricht der Meinung der PSOE, die in Spanien an der Macht ist. In großen Schwierigkeiten aufgrund des Ernstes der Krise, der Explosion der Arbeitslosigkeit und einer steigenden sozialen Missstimmung, sieht sich J.-L. Zapatero als erfolgreicher Verfechter eines Aufschwungs durch “ die nachhaltige Wirtschaft, Investition in der Innovation, den Biotechnologien und den erneuerbaren Energien“. Nachzulesen in den 10 Vorschlägen des analytischen Dokuments zur Krise, veröffentlicht von der Stiftung Ideas, gegründet auf Initiative von J.-L. Zapatero. www.fundacionideas.es.

³⁰ Vorstellungen aus den ersten neunziger Jahren, vermittelt vor allem von André Gorz und Ulrich Beck, mit einer Verflechtung der post-industriellen Gesellschaft und der ökologischen Verantwortung, die zusammen eine neue sozialdemokratische Ganzheit ausmachen könnten. Sie erscheinen jedoch heute als überholt, in Ansehung des liberalen Bankrotts, der Krise der populären Legitimität des europäischen Projekts und der Systemdimensionen der gegenwärtigen Krise. Dies gesagt habend ist die Gegenüberstellung im Rahmen eines neuen Entwicklungsmodells dadurch noch stimulierender.

gender als die Nachhaltigkeit des Kapitalismus“ Er zieht die Schlussfolgerung, dass “sie uns vor eine immense moralische Herausforderung stellen, wobei sie jedoch gut durchdacht mit der Lösung der Finanzkrise verbunden werden können“³¹.

Es ist interessant zu beobachten, was eine einflussreiche Persönlichkeit der Sozialistischen Internationalen, der australische Premierminister Kevin Rudd im Licht seiner Wahlerfolge sagt. Er skizziert das Bild der vorhandenen Herausforderungen, “die das System als solches bedrohen: “die wirtschaftlichen und sozialen Kosten in Verbindung mit der Langzeitarbeitslosigkeit, die Armut, die langfristige Auswirkung auf die gegenwärtige internationale strategische und politische Ordnung.“ Zur Einleitung seiner Überlegung zitiert er einen heilsichtigen Georges Soros: “Die nicht gemeisterten Marktkräfte haben den Kapitalismus an den Rand des Abgrunds geführt. Es ist in der Tat so, dass der grundlegende Zug der gegenwärtigen Finanzkrise darin besteht, dass sie nicht von einem äußeren Schock herrührt... sondern dass sie voll und ganz vom System selbst erzeugt worden ist... Das Ausmaß der internationalen Finanzkrise verlangt, dass wir erneut die Philosophie und die Wirtschaftspolitik bewerten, die wir bis jetzt verfolgt haben. Die Krise ist der Höhepunkt von dreißig Jahren einer Wirtschaftspolitik, die von der Ideologie des freien Marktes beherrscht war.“ Worum geht es also, wenn die Zentrums-Regierungen den Kapitalismus retten wollen? „1. Dem Staat wieder die Rolle zuzuweisen, erneut gut regulierte Märkte zu formen und die Binnennachfrage wieder herzustellen. 2. Das Kind nicht mit dem Bad auszuschütten“ und gegenüber dem Druck, den Vorsehungs-Staat wieder herzustellen, nicht das Interesse an freien Märkten aufzugeben und der Versuchung des Protektionismus standzuhalten. 3. Solidere internationale Normen zu definieren, was die Transparenz der Finanzinstitute angeht, und den IWF zu reformieren, usw. Längerfristig ist es erforderlich, die Frage des Un-

gleichgewichts im internationalen Handel zu regeln. Es geht darum, in der Welt “nach der Krise“ die sozialdemokratische Philosophie auf den neuesten Stand zu bringen, was bedeutet, daran zu glauben, dass die Legitimität der politischen Macht in der Fähigkeit besteht, den privaten und den öffentlichen Sektor ausgewogen zu verbinden, auch die Gewinne und die Löhne, sowie Markt und Staat, und das nicht nur, um zu verhindern, dass das Marktsystem sich selbst zerstört, sondern auch aus politischen Gründen, um erneut das Vertrauen in gut regulierte Märkte herzustellen, und zu verhindern, dass starke Reaktionen von der extremen Linken oder der extremen Rechten kommen“³²

Eine entschlossene und kohärente Sicht der Dinge stammt von demjenigen, den man in diesem Kontext nicht erwarten würde, von Pascal Lamy, Generaldirektor der WHO und Mitglied der französischen PS. In einem langen Interview in Le Monde ruft er “die Linken in aller Welt auf, ihre Kritik des Marktkapitalismus zu aktualisieren(...) Sie müssen über die Grenzen des Marktkapitalismus nachdenken, in einem sowohl nuancierten als auch kritischen Rahmen“, wenn sie sich wieder Gehör verschaffen wollen. Der Begriff “Marktkapitalismus“ verlangt zumindest nach Diskussion und Klärung. Er ist in seiner Zweideutigkeit signifikant für die Schwierigkeit, die Beziehung zwischen Markt und Kapitalismus zu bestimmen, was aber keineswegs das Privileg der Sozialdemokratie ist. Lamy erklärt das rechte Votum der Wähler, nicht ausgehend von einem Fatalismus, sondern “weil sie beunruhigt sind und die Rechten behaupten, sie böten einen besseren Schutz, unter Heranziehung zahlreicher Instrumente der traditionell linken Politik. Aber der hauptsächliche Faktor ist die fehlende Alternative, beruhend auf der Kritik und der Überwindung des Systems (...). Der Marktkapitalismus beinhaltet ihm innewohnende Ungleichheiten, die man in Frage stellen muss“, fügt er hinzu, und zieht den Schluss: “Deshalb müssen wir über die ökologische Gren-

³¹ LeMonde, 15. Januar 2009

³² Kevin Rudd, Le Monde 12. März 2009.

ze des Kapitalismus hinaus, die heute wohlbekannt ist, uns Gedanken machen über die anthropologische Grenze des Marktkapitalismus.“³³

**6. Hic Rhodus, hic salta,
wie Karl Marx unverschämterweise
forderte.³⁴**

Eine erste Zusammenfassung der Debatten, die in der Sozialdemokratie geführt werden, gibt Einblick in die großen Orientierungen die sich auf die Mechanismen der Umverteilung und der Regulierung beziehen, auf "die Weltherrschaft" des Finanzkapitals, auf den Kampf gegen die Ungleichheit, die Erneuerung der Forderung nach massiven öffentlichen Investitionen in die ökologische Wirtschaft und die Bedeutung der Ausbildung und der Investitionen in das Humankapital. Ausgehend von diesem komplexen Zusammenhang sind alle Varianten vorstellbar, da die Diagnose der Krise noch keineswegs stabilisiert ist und Gegenstand einer intensiven Debatte ist. Die einzige Gewissheit gründet sich auf die Feststellung, dass eine Ära zu Ende ist. Es herrschen Ungewissheit, mangelnde Fähigkeit die sozialen und ideologischen Kräfteverhältnisse zu bestimmen, die Schwierigkeit, die sozialen und politischen Folgen zu ermes- sen, und somit die Schwierigkeit, zu erkennen, wo die Schwerpunkte in einem "neuen Kompromiss" zu setzen sind.

2004 hat H. Rey unter Bezugnahme auf die Arbeiten von Robert Castel³⁵ dafür plädiert eine Link- regierung mit der Sozialistischen Partei im Zen- trum zu bilden, mit drei Zielsetzungen, um wieder Anschluss zu finden an die Mehrheit der Bevölke- rung: "die Parteifunktionen neu zu erlernen, die demokratische Teilnahme auszuweiten und vor allem radikal die soziale Unsicherheit zu bekämp- fen... Das Dilemma liegt sicherlich in der Akzep- tanz einer Programmatik durch den Mittelstand, bei gleichzeitig unscharfen Konturen der sozialen Grundlagen und in der Individualisierung des Ein-

zelnen, der gut eingegliedert ist in eine offene Ge- sellschaft, begleitet von der Entwicklung einer Dy- namik der Beteiligung und der erneuten Ein- beziehung der breiten Bevölkerungsschichten in den Kampf gegen durch die Globalisierung be- dingte vermeidbare Auflösungserscheinungen." Etwas mehr als sieben Jahre später, mit der Krise und den Spannungen, die sie kristallisiert, kann man allerdings nicht mehr von "vermeidbaren Auflösungsprozessen" sprechen. Das Anwachs- en der sozialen Empörung lässt die notwendige politische Intervention dynamischer und konflikt- reicher erscheinen. Es geht hier nicht darum, eine maximalistische Stellung zu beziehen und die Be- deutung zu leugnen oder gering zu schätzen, die der Antwort auf das Schutzbedürfnis angesichts der sozialen Verunsicherung zukommt. Im Gegen- teil. Aber die Krise gibt den Takt vor und sie hebt das Niveau der Forderungen und somit die Natur der zu bewirkenden Änderungen.

"Es geht um die Definition des zweiten Komprom- isses mit dem Kapitalismus nach dem der drei- ßiger Jahre", meint Alain Bergougnoux (Sekretär für Studien der französischen PS): Die Krise hat uns nicht aus unserer politischen Logik herausgeris- sen, aber wir müssen unsere Überlegungen jetzt auf einer anderen Skala ansiedeln. Was auf der Ebene der Staaten Gültigkeit hatte, muss jetzt für die europäische Ebene durchdacht werden. Die Werkzeuge des Aufbaus sind nicht mehr die gleichen." Für Olivier Ferrand von der Stiftung Terra Nova, gilt: "Die Verfechter des Fortschritts sind in Verzug geraten, eingezwängt zwischen al- ternativen Linksparteien, die – zu Unrecht – das Ende des Kapitalismus feiern, und den Rechtspar- teien, die dessen Pragmatismus ins Feld führen."

Das Dilemma geht aber tiefer: es macht nicht bei den Parteien halt. Wie soll man auf die Erwartun- gen der Bevölkerung konkrete Antworten geben, ohne einen Bruch mit der bestehenden Ordnung zu vollziehen? Wie soll man eine Perspektive des

³³ Le Monde, 27. August 2009.

³⁴ K. Marx, Der 18. Tag des Nebelmonats von Louis Bonaparte. Wörtlich : « Hier ist Rhodos, jetzt ist es Zeit, zu springen". In der Tat bedeutet dieses Zitat einer Fabel von Äsop: " Jetzt ist es an der Zeit, zu beweisen, wozu Du fähig bist".

³⁵ Robert Castel, L'insécurité sociale, Seuil, Paris 2003

Endes der Krise aufzutun, ohne energisch die Frage der Neugestaltung des europäischen Projekts in Angriff zu nehmen?

7. Die "soziale Umgestaltung" steht auf der Tagesordnung

Michel Winock unterbreitet mit seiner Analyse der Identitätskrise der französischen Sozialistischen Partei nach den Europawahlen eine "historische" Lesart, die sich an die europäische Sozialdemokratie wendet: "Am schlimmsten ist die intellektuelle Krise, die sie (die PS) seit den achtziger Jahren erlebt: sie war gegründet worden, um die Revolution zu verwirklichen, und die Revolution ist eine Wahnvorstellung geworden, nach 1989 und dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus". Ihrer Natur nach war sie eine Arbeiterpartei, und die post-industrielle Gesellschaft stellt sie vor das Problem einer anderen Selbstdefinition. Also eine Identitätskrise, eine Zielsetzungskrise, ein tiefgreifendes Unwohlbefinden angesichts der Frage, was eine sozialistische Partei in einer kapitalistischen Gesellschaft zu sein hat."³⁶

Für die meisten sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien ist die Politik nicht – oder nicht mehr – bestehend aus Etappen eines Projekts – seien sie auch sehr progressiv - hin zum "Sozialismus". Das akzeptierte Ziel ist ein Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und Markt, einem starken, aktiven, regulierenden Staat, im Zuge von Steuerpolitik und Umverteilung. Das Ziel der Vollbeschäftigung wird aufrechterhalten – in angepasster Form, einschließlich eines "Gleichgewichts zwischen Flexibilität und Sicherheit", akzeptabel für die Arbeitgeber und erträglich für die Lohnempfänger, und einer Reduzierung der prekär gewordenen Arbeit – mit einem generellen sozialen Schutz (selbst wenn er den Umständen der Globalisierung angepasst werden muss), sowie der Reduzierung der Ungleichheiten. All dies im Rahmen des kapitalistischen Marktes. In der realen Welt hat sich das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit nach dem Zweiten Weltkrieg seiner Natur nach verändert. Der Kompromiss hat sich

nach und nach seiner Substanz entledigt – selbst unter Aufrechterhaltung wichtiger Fortschritte –, während sich der Ermessensspielraum nach und nach verengte. Kann man heute die Krise, die die Linke durchläuft als eine Kompromisskrise bezeichnen? Entleert ihrer progressiven Substanz zu einem Zeitpunkt, an dem die Krise die zentrale Frage der Ermessensspielräume aufwirft? Alle Kräfte, die eine Regierungsfähigkeit in sich tragen, sind mit dieser Frage konfrontiert, und damit mit der Frage der Machtverhältnisse im Rahmen der heutigen Realitäten.

Die existentielle Krise, die das sozialdemokratische Projekt und ihren historischen Kompromiss trifft, wird durch die allgemeine Krise extrem verschärft. Sie verweist auf die Debatte, die die Linke und die sozialistische Strömung von Anfang an durchzieht. Sie wird verschärft durch das Auftreten der Infragestellung, vielleicht nicht eines abstrakten globalen Kapitalismus, aber sicher der Realität der Herrschaft des Kapitals als Hemmnis der menschlichen Emanzipation, sowie der Bewahrung der Menschheit und des Planeten. Das Versagen der Sozialdemokratie und das Versagen des sowjetischen Kommunismus stellen alle Kräfte, die sich der Linken zugehörig fühlen, vor diese Herausforderung. Ausgehend von Konzepten und Erfahrungen geht es um unterschiedliche konfliktfähige politische Kulturen.

8. Schlussfolgerung

A. Giddens und die Verfechter des Dritten Weges als starke und einflussreiche Strömung der Sozialdemokratie gehen von der vorweggenommenen Schlussfolgerung aus, dass "der Sozialismus tot ist". Der "Sozialismus" als Widerspruch und Perspektive der Überwindung des Kapitalismus, sowie auch die Konfrontationen in der "Arbeiterbewegung" im Verlauf ihrer gesamten Geschichte. Demgegenüber existiert in Frankreich, aber auch in anderen Ländern, immer noch ein demokratisch geprägter populärer Kommunismus, der sich nicht auf die sowjetische Erfahrung einengen lässt.

³⁶ Michel Winock, Le Monde, 27. August 2009.

Die Ablehnung ist umso kategorischer, als der Kommunismus als Überwindung/Abschaffung des Kapitalismus identifiziert und reduziert wird auf dogmatischen Auslegungen von Marx, in der Identifizierung der Revolution mit dem "Grand Soir" und in realen historischen Fehlschlägen. Was den Sozialismus betrifft, so wird er meist auf die Verstaatlichung reduziert oder auf die regulierende und umverteilende Intervention des Staates.

Die beiden großen Konzepte des Sozialismus, Sozialdemokratie und Kommunismus, mit Nuancen und Unterschieden entsprechend den sozialen und historischen Gegebenheiten, sehen sich nicht den gleichen Problemen gegenüber im Hinblick auf die Geschichte oder auf die Analyse ihrer Unterschiede. Aber in der Konzeptualisierung des Wandels können sie beide nicht der Debatte ihres Versagens entgehen. Heute können sie weder der Konfrontation mit dem Markt ausweichen, noch der Problematisierung der Rolle des Staates, noch derjenigen der Arbeitnehmer und ihrer Stellung in den Betrieben.

Die Krise bringt die Widersprüche der Vision von der Unausweichlichkeit des kapitalistischen Marktes ans Tageslicht. Niemand kann heute sagen, was die Wahl der europäischen Sozialdemokratie sein wird, um sich der Krise und sich selbst zu stellen. Vor allem ist die Frage, ob sie die Fähigkeit hat, sich der Frage des Wandels in Europa anzunehmen, unter Aufgabe des funktionalen Konsenses der europäischen Konstruktion zugunsten eines konfliktfähigen politischen Konzepts. Inwieweit werden die sozialdemokratischen Parteien die Lehren aus den Fehlschlägen des Dritten Weges ziehen? In den Ländern, wo sie dies bis jetzt verweigert haben – wie in Deutschland – werden sie da gar auf ihre Exklusivität verzichten, um Bündnisse mit der Linken einzugehen?

Vieles wird abhängen von den Entwicklungen der Krise, der Breite und der Natur der sozialen Bewe-

gungen, und der Entwicklung der politischen Debatte in der Linken. Vieles hängt auch ab von der Fähigkeit der übrigen linken Kräfte, die Neuheit und den offenen Charakter der Situation voll zu erfassen.

Der Umstand, dass bis heute kein umgestaltetes kommunistisches Konzept entwickelt wurde, verhindert nicht die Infragestellung der gesellschaftlichen Veränderung. Somit müssen die politischen und sozialen Kräfte, kommunistisch und/oder andere Strömungen der Linken entsprechend den je unterschiedlichen Situationen in den einzelnen Ländern, auf die Fragestellung reagieren und die politischen Bedingungen für gesellschaftliche Veränderungen incl. der Systembrüche erkennen und handlungsfähig werden.

In einem Land wie Frankreich ist die revolutionäre Tradition und die Existenz einer demokratischen kommunistischen Referenz bereits vor 1920 im Erbe der Linken festgeschrieben.³⁷

Wenn sich heute die Ablehnung des Liberalismus auf den Kapitalismus verlagert, verändert sich damit die Debatte über den Wandel. Sie kann umso besser an Substanz gewinnen, und sich an alle linken Kräfte richten, als sie ausgeht von Realitäten, "realen Menschen", und nicht in Form einer weit entfernten Perspektive, als Utopie auftritt, sondern als eine Bewegung des Kampfes in seiner politischen Dimension, ausgefochten je nach den Gegebenheiten jedes Landes, in Ansehung der europäischen und internationalen Konvergenz.

Könnte eine solche Strategie, die die Überarbeitung des sozialistischen Projektes bedeutet, eine kopernikanische Wende in der Beziehung zwischen der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der politischen Aktion in sich bergen? Die Erfahrung und die heutige Wirklichkeit enthüllen die Grenzen eines Konzepts, das verankert ist im institutionellen System und in der Arbeiterbewegung und in der Tradition, die sozialen Bewegungen und ihre Aktionen als Stütze der politischen Kräfte und der Parteien zu sehen. Diese Sicht der Dinge wird

³⁷ Stéphane Rozès, Permanence communiste en France, Le débat, September 2009.

ohne Zweifel noch andauern. Sie kann unter Druck geraten, wenn politische Kräfte eine neue Konzeption des Kommunismus entwerfen, die den Gegensatz zwischen der sozialen und der politischen Bewegung aufhebt. Man kann erahnen, was dies an Veränderungen und Brüchen mit sich bringt. Es handelt sich in der Tat darum, die sozialen und politischen Umstände der gesellschaftlichen Veränderung erneut zu durchdenken: nicht ausgehend von einem im Vorhinein festgelegten Projekt, so perfekt es auch immer sein möge und das die Zustimmung des Volkes finden sollte, sondern ausgehend von der Widersprüchlichkeit der Realitäten, und ohne vorzugreifen auf den Rhythmus, den die sozialen Bewegungen in ihrer politischen Dimension bestimmen werden.

Wir sind nicht mehr dort, wo der junge Marx 1843 schrieb: "Jeder von uns muss sich selbst gegenüber alsbald zugeben, dass er keinerlei präzise Vorstellung davon hat, wie das Morgen auszusehen hat". Wir finden jedoch weiterhin in seinem Brief an Arnold Ruge Anregungen dazu, wie die neue Periode anzugehen ist: "Im übrigen liegt das Verdienst der neuen Orientierung in folgendem: wir greifen nicht vor auf die Welt von morgen im Wege der dogmatischen Überlegung, sondern wir wollen im Gegenteil die neue Welt nach der Beendigung der Kritik an der alten finden."³⁸

³⁸ Brief an Arnold Ruge, *Etudes Philosophiques*, Editions sociales, Paris 1977.